

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Oesterreich, Ungarn, Rumänien 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 6,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Bildung und Kleinanzeigen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einzeln.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Tönhoff 293-295
Verlag: Tönhoff 2506-2507

Freitag, den 19. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 37530 - Bankkonto: Direktion
der Deutschen Reichsbank, Postfach 110, Berlin SW. 68

Anzeigenpreise:
Die einseitige Anzeigen-
zeile 10 Pfennig, Restzeile
4.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 20 Pfennig
(außer zwei festgedruckte Worte),
jedes weitere Wort 10 Pfennig.
Stichengeld das erste Wort
10 Pfennig, jedes weitere Wort
5 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Familienanzeigen für Abonnenten
Reise 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Sachpostfach, Berlin SW. 68, Linden-
straße 3, eingegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Amundsen zurückgekehrt.

Mit allen Teilnehmern wohlbehalten in Spitzbergen eingetroffen.

Oslo, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nach sechsen-
eingelassenen Meldungen aus Spitzbergen ist Amundsen mit
seiner gesamten Expedition gesund und unverletzt
nach Kingsbay zurückgekehrt. Einzelheiten fehlen
noch.

New York, 18. Juni. (W.B. durch Funkpruch.) Pre-
sident, ein Schwager des Teilnehmers an der Amundsen-Expedi-
tion, Ellsworth, hat Nachricht erhalten, wonach sämtliche Mit-
glieder der Expedition unverletzt in Spitzbergen angekommen
sind.

An Bord „Heimdal“, Spitzbergen, 18. Juni.
(Funkpruch der „Voss, Jg.“) Wir sind heute morgen um
1 Uhr gesund und wohlbehalten in Kingsbay angekommen.
Amundsen, Dietrichson, Jesch, Omdal, Rüfer,
Carlsen.

Amundsen ist zurückgekehrt! Er traf gestern,
am 18. Juni, morgens 1 Uhr, in Kingsbay, seinem Ausgangs-
punkt, ein. Noch gestern abend wußte die ganze Welt: Amund-
sen ist zurückgekehrt. Die große und kühne Expedition ist ge-
lungen. Die zitternde Spannung ist gelöst. Die kühnen For-
scher sind zurück, alle, unverletzt.

Die wenigen, einfachen Worte des Telegramms, in dem
Amundsen selbst seine Rückkehr angekündigt, bezeichnen einen
Wendepunkt und einen Neubeginn in der Polarforschung. Wie
verwandelt sind sie dem einfachen Telegramm, in dem Ran-
sen seine Rückkehr anzeigte! Am 17. Juli 1896 stießen Ran-
sen und Johannsen auf Franz-Josefs-Land auf die Expedition
Jackson. Am 11. August 1896 trafen sie in Norwegen ein.
Am 14. August meldete ein Telegramm des Wolff-Bureaus
aus Christiania in Berlin: „Berdens Gang erhielt folgende
Depesche von Ransen selbst: Wohl in Heimat eingetroffen nach
einer glücklichen Expedition.“ So damals — aber noch gestern
abend wußte die ganze Welt: Amundsen ist heute am Morgen
nach Kingsbay zurückgekehrt.

Welcher Abstand zwischen dieser Expedition und jenen
mühevollen, aufopfernden, langwierigen Unternehmungen, in
denen die Pioniere der Polarforschung um den nördlichsten
Punkt der Erde rangen! Nach dem Gelingen dieser Expedition
wendet sich der Blick zurück auf die großen Namen, die die
Geschichte der Erforschung der Arktis bezeichnen, zurück auf die
Opfer, die um der Wissenschaft willen in den Eismüsten der
Arktis geblieben sind. Es zielt der Welt, im Jubel über die
Rückkehr Amundsens — denn unvergleichlicher Jubel wird
ihn begrüßen — ihrer zu gedenken: der Massenerpfer von
Franklins Expedition, die auf den Schiffen „Erebus“ und
„Terror“ 1845 auszog und niemals zurückkehrte, der Opfer
der „Jeanette“, die mit ihrem tapferen Kapitän De Long
1881 verloren ging, und nicht zuletzt Andrés, des wahren
Vorkämpfers Amundsens.

Sie alle hatten versucht, die Arktis zu bezwingen mit den
Mitteln, die der Stand der Technik damals bot. Das Schiff
erwies sich als nur beschränkt tauglich. Es blieb kein anderes
Mittel, als sich den primitiven Lebensbedingungen der arktischen
Völker anzupassen. Mit der zähen Energie und dem
Intellekt der technisch hochstehenden Völker physisch auf die
Lebensweise der Naturvölker des Nordens einzugehen — das
erschien noch vor wenigen Jahren das sicherste Mittel der
Forschung in den Polargebieten. Ransens Schlittenreise
hat diese Technik eingeführt, Peary hat sie durchgebildet und
mit Virtuosität gehandhabt, Amundsen selbst verbandt ihr
die Eroberung des Südpols.

André aber sah den kühnen Entschluß, von dieser
Technik abzuweichen; nicht im Schiff, nicht in mühsamem Vor-
marsch über das Eis, sondern in raschem Fluge durch die Luft
wollte er einen Überblick über die Verteilung von Land und
Wasser in der Arktis gewinnen und den Nordpol erreichen.
Er sah den Entschluß zu früh, in einer Zeit, wo die Mensch-
heit technisch noch nicht das Luftmeer beherrschte. Sein Ballon,
dem er eine beschränkte Venkfähigkeit durch Segel und Schleppl-
seil geben wollte, verhielt sich zum Flugboot Amundsens wie
das primitive Seefahrzeug der Alten zum modernen See-
dampfer. Tollkühn war sein Entschluß; aber wer wollte die
Pioniere der Seefahrt schelten, die, das Herz dreifach mit
Mut und Kraft gepanzert, sich in schwantendem Boot auf das
Weltmeer warfen?

Von André zu Amundsen — das ist der Weg von der
Utopie zur Wirklichkeit, der Weg von genialen Gedanken zur
technischen, rechnerisch streng fundierten Realisation. An-
dré, der kühne Utopist, ist nicht zurückgekehrt. Ehre seinem
Andenken! Amundsen hat die Utopie Andrés verwirklicht.
Ihm gebührt die Ehre des Vollbringens. Von nun an wird das
Großflugzeug das Mittel der geographischen
Forschung in der Arktis und der Antarktis sein.

Noch fehlen die Nachrichten über die wissenschaftlichen Er-
gebnisse der Expedition Amundsens. Noch sind nur Vermutun-
gen möglich, ob widrige Umstände oder ob der Drang und
die Wissbegierde und die Gründlichkeit des Forschers ihn so
lange — fast einen Monat — zurückgehalten haben. Aber noch
heute werden wir es wissen. Amundsen ist ein gründlicher
Forscher. Seine Expeditionen waren sämtlich wohl durchdacht
und bis ins kleinste technisch gründlich vorbereitet, ihre Resul-
tate überaus wertvoll. Auch diese Expedition wird die Kennt-
nisse von den nördlichen Polargebieten vermehren. Amundsen
— das ist sicher — hat mehr vollbracht als eine technische
Großtat!

Die technische Großtat aber, ihr Gelingen ist es, die mit-
reißende Begeisterung hervorruft, jenen Rausch, der die Welt
ergriff, als N.R.3 seine denkwürdige Fahrt über den Atlantik
durchführte und glücklich vollendete. In dieser Begeisterung
über die technischen Fortschritte der Menschheit liegt eine Zu-
kunftshoffnung. Die Eroberung des Luftmeeres, die Auf-
hellung der Geheimnisse der Arktis, die Entdeckung des Nord-
pols: gemeinsame Ziele der Menschheit! Im Jubel über die
Erreichung solcher Ziele fallen hemmende Schranken zwischen
den Völkern. Mögen die hemmenden Schranken überhaupt
fallen, möge die große Utopie des Völkerfriedens Wirklichkeit
werden!

Die Expedition Amundsens.

Die Nachricht über die Rückkehr Amundsens bestätigt die
Annahme derjenigen, die erklärten, daß Amundsen nicht in
wenigen Tagen zurückkehren könne, da er erst durch eingehende
Beobachtung in der Gegend des Nordpols feststellen müsse, wo er
mit seinem Flugzeug niedergegangen war und daß er daran an-
schließend erst den letzten Vorstoß zum Pol machen werde. Diese
Beobachtungen zur Feststellung des Poles sind in dieser Jahreszeit
sehr erschwert, da von dreißig Tagen des Monats höchstens
vier bis fünf nebelfrei sind und eine Beobachtung der
Sonne zulassen. Eine weitere Erschwerung ist das Treiben des
Eises auf freiem Meere, durch das der tatsächliche Standpunkt
ständig verändert wird. Koch geht aus den Nachrichten nicht her-
vor, ob Amundsen und seine Begleiter den Pol tatsächlich
erreicht haben und welche weiteren Ergebnisse dieser kühne
Handstreich der Wissenschaft gebracht haben wird. Ueber diese
Dinge werden die nächsten Tage Klarheit schaffen.

Amundsen ist von jeher ein Mann der Ueberraschungen ge-
wesen. Nie hat er sich an die programmäßige Durchführung eines

einmal gefaßten Planes gehalten. Schnell war sein Entschluß ge-
faßt, wenn es galt, auf anderem als dem vorgezeichneten Wege
zu irgendeinem Erfolge zu gelangen. Es ist nicht ausgeschlossen,
daß er auch jetzt, genau wie 1910, als er in schnellem Ansturm
den Südpol gewann, mit seinen Flugzeugen den Nordpol erreicht
hat und daß ihn darüber hinaus wertvolle Beobachtungen und Fest-
stellungen gelungen sind. Er hatte seine diesmalige Expedition be-
sinnlich mit zwei Wasserflugzeugen des erfolgreichen Flug-
zeugkonstruktors Dornier unternommen. Diese Flugzeuge waren
mit Motoren von 700 PS. ausgerüstet, die über den Schwimmern
auf Streben montiert waren. Diese Dornier-Flugzeuge waren auf
Grund eingehender Studien in Italien gebaut worden. Sie wurden
von anderen Fachleuten als zu schwer bezeichnet, doch dürfte das
Gelingen der Fahrt diesen Kritikern Unrecht gegeben haben. Die
Flugzeuge waren mit Betriebsstoff für einen Weg von 2400 Kilo-
meter ausgerüstet, außerdem war in ihnen Proviand für 30 Tage.
Bei der großen Polarexpedition Amundsens und bei seiner Energie
dürfte mit dem Ablauf der 30 Tage gerechnet werden, ehe zu ernst-
haften Besorgnissen über seinen Verbleib wirklicher Anlaß war.

Die Polargebiete im Norden Amerikas sind bis heutigen Tages
noch wenig bekannt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Amundsens
Vordringen hier Aufklärung zu geben vermag. Hervorragende Geo-
physiker behaupten, daß dort entweder Flachsee oder aber Land
von der Größe Mitteleuropas vorhanden sei.

Der Luftverkehr dürfte in der Zukunft auch anderen
Leuten als den Polarforschern Fahrten in jene Gebiete ermög-
lichen. In diesem Augenblick dürfte auch die politische Frage
praktische Bedeutung erlangen. Angehlich soll der König von Nor-
wegen Amundsen die Ermächtigung erteilt haben, alles neu ent-
deckte Land für Norwegen in Besitz zu nehmen. Nun hat es aber
den Anschein, als ob Kanada und die Vereinigten Staaten nicht
minder Interessen an diesen wirtschaftlich so unergiebig erschei-
nenden Gebieten hätten. Tatsächlich aber bringt auch der Wirtschaftler
diesen Gebieten heute andere Verständnis als früher entgegen, denn
abgesehen von dem Tierreichtum und der Feststellung von Kohlen-
lagern dürfte der künftige transarktische Luftverkehr die
westpolitischen Interessen der in Frage kommenden Mächte in einer
Weise berühren, wie das früher für unmöglich gehalten wäre. Heute
besitzen Norwegen die Oberhoheit über Spitzbergen und Danemark
die über Grönland, das sich bis zum 83. Grad nördlicher Breite
erstreckt. Bei der Wichtigkeit, die diese Gebiete für den Weltluft-
verkehr der Zukunft haben werden, dürften diese Besitzverhältnisse
nicht unbedrungen bleiben. So wird auch politisch der Flug
Amundsens eine große Bedeutung haben können.

Die Noten zum Sicherheitspakt.

Wann kommt die Konferenz?

Am 9. Februar dieses Jahres übermittelte die Regierung
Luther-Stresemann den beteiligten Mächten jenes
vielfachbesprochene, jetzt endlich im Wortlaut veröffentlichte Memo-
randum, das in unverbindlicher, der Diskussion einen weiten
Spielraum öffnender Form einen Garantiepakt für den
Westen und ein System von Schiedsgerichtsverträgen für den
Osten vorschlägt. Auf dieses Memorandum hat die französische
Regierung im Einverständnis mit ihren Alliierten am 16. Juni
eine Antwort erteilt, die jetzt gleichfalls veröffentlicht wird.
Damit ist die internationale Diskussion über den deutschen
Vorschlag eröffnet.

Das deutsche Memorandum.

Bei Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten, die sich gegen-
wärtig für eine Regelung der Sicherheitsfrage bieten, könnte man von
einem ähnlichen Gedanken ausgehen, wie er dem im Dezember 1922
von dem damaligen deutschen Reichkanzler Cuno gemachten Vor-
schlage zugrunde lag. Deutschland könnte sich z. B.

mit einem Pakte einverstanden erklären, wodurch sich die am
Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich,
Italien und Deutschland, freiwillig für eine näher zu vereinbarende
längere Periode zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten
Staaten von Amerika verpflichten, keinen Krieg gegeneinander
zu führen.

Mit einem solchen Pakte könnte ein weitgehender Schiedsver-
trag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden
werden, wie er in den letzten Jahren zwischen verschiedenen euro-
päischen Mächten abgeschlossen worden ist. Zum Abschluß derartiger
Schiedsverträge, die eine friedliche Austragung rechtlicher und poli-
tischer Konflikte sicherstellen, ist Deutschland auch gegenüber
allen anderen Staaten bereit.

Für Deutschland wäre außerdem auch ein Pakt annehmbar, der
ausdrücklich den gegenwärtigen Befizstand am
Rhein garantiert.

Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß die am Rhein
interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten, die Unverletz-
heit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unerschütterlich
zu achten, daß sie ferner, und zwar sowohl gemeinsam als auch
jeder Staat für sich (conjointement et séparément), die Erfül-
lung dieser Verpflichtung garantieren, und daß sie endlich jede
Handlung, die der Verpflichtung zuwiderläuft, als eine gemein-
same und eigene Angelegenheit ansehen werden.

Im gleichen Sinne könnten die Vertragsstaaten in diesem Pakte die
Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des
Rheinlandes garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42
und 43 des Vertrags von Versailles übernommen hat. Auch mit
einem derartigen Pakte könnten Schiedsverträge der oben bezeichneten
Art zwischen Deutschland und allen denjenigen Staaten verbunden
werden, die ihrerseits zu solchen Abreden bereit sind.

Den vorstehend angeführten Beispielen werden sich noch andere
Lösungsmöglichkeiten anreihen lassen. Auch könnten die diesen Bei-
spielen zugrunde liegenden Gedanken in der einen oder anderen
Weise kombiniert werden. Im übrigen wird zu erwägen sein, ob es
nicht ratsam ist, den Sicherheitspakt so zu gestalten, daß er eine alle
Staaten umfassende Weltkonvention nach Art des vom
Völkerbund aufgestellten „Protocole pour le règlement pacifique
des différends internationaux“ vorbereitet, und daß er im
Falle des Zustandekommens einer solchen Weltkonvention von ihr
abfördert oder in sie hineingearbeitet wird.

Die Zwischenantwort vom 20. Februar.

Die französische Regierung hat das ihr am 9. Februar durch
Seine Excellenz den deutschen Botschafter überreichte Memorandum
mit Interesse und mit dem Willen gelesen, nichts zu verabsäumen,
was zum Frieden Europas und der Welt beitragen kann. Die
deutsche Regierung wird verstehen, daß die Prüfung dieser An-
regung nicht weitergeführt werden kann, ohne daß Frankreich seine
Verbindungen damit befaßt und sich mit ihnen ins Einver-
nehmen gesetzt hat, um im Rahmen des Vertrages von Versailles
zur Schaffung eines Zustandes der Sicherheit zu gelangen.

Frankreichs Antwort.

Wie die französische Regierung die deutsche Regierung durch ihre Note vom 20. Februar d. J. wissen ließ, hat sie gemeinsam mit ihren Alliierten die Anregungen des Memorandums geprüft, das ihr am 9. Februar durch Se. Excellenz Herrn von Haesch überreicht worden ist.

Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck von friedlichen Bestrebungen gesehen, die mit den ihren übereinstimmen.

In dem Wunsche, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, haben sie die deutschen Vorschläge mit aller ihnen gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Befestigung des Friedens beitragen könnten.

Indes hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, vor Eintritt in die sachliche Prüfung der deutschen Note die Fragen in volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder aufwerfen kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein vorheriges Einverständnis hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

I.

Das Memorandum erwähnt den Völkerbund nur beiläufig.

Rum sind aber die alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundsatzung gebunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zwecke der Erhaltung des Weltfriedens enthält.

Die deutschen Vorschläge sind unmissbar auf das gleiche Ideal gerichtet; aber ein Abkommen ließe sich nicht verwickeln, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernimmt und die Rechte genießt, die in der Völkerbundsatzung vorgezeichnet sind.

Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbunde unter den in dem Schreiben des Völkerbundsrates vom 13. März 1925 angegebenen Bedingungen beiträgt.

II.

Das Streben, die Sicherheitsbürgschaften zu schaffen, welche die Welt verlangt, darf keine Forderung der Friedensverträge mit sich bringen.

Die zu schließenden Abkommen dürfen also weder eine Revision dieser Verträge in sich schließen noch faktisch zu einer Abänderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Vertragsbestimmungen führen.

So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

III.

Das Memorandum vom 9. Februar sieht zunächst den Abschluß eines Paktes zwischen den am Rhein interessierten Mächten ins Auge, der von folgenden Grundzügen ausgehen könnte:

1. Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten.

2. Strenge Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes in den rheinischen Gebieten mit gemeinsamer und gesonderter Garantie der vertragsschließenden Staaten.

3. Garantie der vertragsschließenden Staaten für die Erfüllung der Verpflichtungen zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete, die sich für Deutschland aus den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles ergeben.

Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feierliche Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den vertragsschließenden Staaten (eine Verpflichtung, die übrigens zeitlich nicht beschränkt sein dürfte), neben der erneuerten Bestätigung der in den Vertrag aufgenommenen Grundzüge, für die Sache des Friedens haben würde.

Zu den vertragsschließenden Staaten muß offenbar Belgien gehören, das in dem deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber als unmittelbar interessierter Staat an dem Pakte teilnehmen mußte.

Ebenso versteht es sich von selbst und geht auch aus dem Schwere des deutschen Memorandums über diesen Punkt hervor, daß der auf diesen Grundzügen zu schließende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung der rheinischen Gebiete noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinland-Abkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf.

IV.

Die deutsche Regierung erklärt sich ferner geneigt, mit Frankreich sowie mit den übrigen am Rheinpaß beteiligten Staaten Schiedsverträge abzuschließen, die eine friedliche Auslösung rechtlicher und politischer Konflikte sicherstellen.

Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag derart, wie Deutschland ihn vorschlägt, die natürliche Ergänzung des Rheinpaktes bilden würde. Es muß dabei aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf alle Konflikte Anwendung finden müßte und nur dann Raum für ein zwangweises Vorgehen lassen dürfte, wenn ein solches Vorgehen gemäß den Bestimmungen der zwischen den Parteien bestehenden Verträge oder des Rheinpaktes oder auf Grund der Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für einen Schiedsvertrag geleistet wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich.

Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Innehaltung sichergestellt werden durch die gemeinsame und gesonderte Garantie derjenigen Mächte, die andererseits an der in den Rheinpaß aufgenommenen Gebietsgarantie teilnehmen, dergestalt, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt, wenn eine der Parteien, die es ablehnt, einen Streitfall dem Schiedsverfahren zu unterwerfen oder einen Schiedspruch auszuführen, zu feindseligen Handlungen schreitet.

Falls einer der Vertragsschließenden, ohne zu feindseligen Handlungen zu schreiten, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll der Völkerbundsrat die Maßnahmen vorschlagen, die zu ergreifen sind, um dem Vertrage Wirksamkeit zu verleihen.

V.

Die deutsche Regierung hat in ihrem Memorandum hinzugefügt, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hierzu geneigt seien, derartige Schiedsverträge abzuschließen.

Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugtuung von dieser Zusage Kenntnis. Sie sind sogar der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinpaß anstrebt, und für den er eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht völlig gewährleistet werden könnte.

Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundsatzung und den Friedensverträgen Rechte, auf die sie nicht verzichten, und Verpflichtungen, von denen sie sich nicht freimachen können.

Diese so abgeschlossenen Schiedsverträge würden die gleiche Tragweite haben, wie die in Abschnitt IV vorgesehene. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den geplanten Rheinpaß unterzeichnet hat, würde, wenn sie es wünscht, die Befugnis haben, sich zu ihrem Garantien zu machen.

VI.

Nichts in den in dieser Note ins Auge gefassten Verträgen darf die Rechte und Verpflichtungen berühren, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundsatzung erwachsen.

VII.

Die für die Erhaltung des Friedens unerlässliche allgemeine Garantie der Sicherheit wäre nur dann vollständig, wenn alle in dieser Note ins Auge gefassten Abkommen gleichzeitig in Kraft treten.

Diese Abkommen müßten, der Sägung entsprechend, vom Völkerbund eingetragen und unter dessen Obhut gestellt werden.

Es versteht sich endlich von selbst, daß Frankreich, wenn die Vereinigten Staaten dem so verwickelten Abkommen beitreten zu können glauben, die Beteiligung des großen amerikanischen Volkes an diesen Werten des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.

Das sind die Hauptpunkte, hinsichtlich deren es notwendig schien, die Ansicht der deutschen Regierung genau kennen zu lernen.

Die französische Regierung würde es begrüßen, hierauf eine Antwort zu erhalten, die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten, deren Ziel der Abschluß von Abkommen ist, die eine neue und wirksame Friedensgarantie bilden.

Wenn diese Diskussion in entscheidenden Beschlüssen ihren Abschluß finden wird, läßt sich noch nicht voraussehen. Begonnen hat sie eigentlich schon während des Krieges, als Frankreich sich von England und Amerika das Versprechen der Garantierung seiner Ostgrenze geben ließ, das dann aber bekanntlich — da Amerika den Vertrag von Versailles nicht ratifizierte — nicht gehalten worden ist. Die Völkerbundsatzung, die dem Vertrag von Versailles einverleibt wurde, gab den Rahmen für eine umfassende Sicherung des Friedens, aber Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten blieben dem Völkerbund fern. An Versuchen, diesen Rahmen auszufüllen, hat es seitdem nicht gefehlt. Erinnerung sei nur an den Vorschlag der Regierung Cuno und an das große, viele Hoffnungen erweckende Werk Ramsay MacDonalds, das Genfer Protokoll.

Der Regierungsumschwung in England hat den Hoffnungen, die an das Genfer Protokoll geknüpft worden waren, ein Ende gemacht. Irrten wir nicht, so war es die konservative englische Regierung, die dann bei der deutschen Regierung anregte, sie möge durch einen eigenen Sicherheitsvorschlag den durch die Ablehnung des Genfer Protokolls entstandenen leeren Raum teilweise ausfüllen helfen. So entstand das deutsche Memorandum, zu dessen Beantwortung die französische Regierung sich mehr als vier Monate Zeit ließ. Inzwischen war auch in Frankreich ein Regierungswechsel erfolgt und Herriot durch Painlevé abgelöst worden, dessen Stellung nun auch schon wieder schwankend geworden ist.

Rum soll die Regierung Luther-Strefemann auf die französische Antwort antworten, und auch sie wird wiederum dazu einige Zeit brauchen. Ob sie überhaupt noch im Antze sein wird, wenn die hier aufgeworfenen Fragen zur Entscheidung kommen, ist zweifelhaft. Möglich ist, daß sie innerlich zusammenbricht, noch ehe sie antwortet.

Aus alledem geht hervor, daß die sehr interessante Diskussion, die jetzt neu eröffnet ist, wahrscheinlich nicht allzu rasch zum Abschluß gebracht werden wird. Der Apparat ist schwerfällig, die Kabinette lassen sich Zeit. Ein rascheres Tempo ließe sich eröffnen, wenn man sich dazu entschließen würde, den gesamten Komplex der Friedensfragen, zu dem auch die Note über die Entwaffnung und die Räumung der besetzten Gebiete gehört, einer Konferenz zu unterbreiten. Der Weg zu einer solchen Konferenz wird durch die französische Antwort vorfristig geöffnet.

Die französische Antwort bringt keine Überraschung, wenn sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als eine Voraussetzung für die Wirksamkeit der abzuschließenden Verträge betrachtet. Auch wenn sie eine gewisse Kengtsichtigkeit zeigt in der Richtung, daß die Bestimmungen der bestehenden Friedensverträge und die neuen Abkommen nicht abgeändert und nicht gelockert werden dürfen, so ist das nichts anderes, als was erwartet wurde. Politisch wesentlich ist die Ablicht Frankreichs, als Garant der Schiedsverträge einzutreten, die Deutschland im Osten schließen will. Diese Garantie ist in der juristischen Form unparteiisch gedacht, so daß also Frankreich die Rechte Deutschlands gegen Polen und die Tschechoslowakei theoretisch ebenso garantieren würde wie umgekehrt die Rechte Polens und der Tschechoslowakei gegen Deutschland. Ob praktisch eine solche Unparteilichkeit Frankreichs bestehen würde, hängt davon ab, wie sich die Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich weiter entwickeln. Jedenfalls würde es dem Geist des Vertrages widersprechen, wenn sich Frankreich auf Grund seiner Bündnisverträge verpflichtet fühlen würde, in jedem Streitfall ohne Ansehen des Rechts auf die Seite unserer östlichen Nachbarn zu treten.

Von dem viel besprochenen sogenannten Durchmarschrecht Frankreichs, von seinem angeblich beanspruchten Recht, das vertragsmäßige Besetzungsgebiet im Fall eines Konfliktes Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn als Operationsbasis benutzen zu dürfen, enthält die französische Antwort erstrechtlich nichts.

Die französische Antwort bedeutet überhaupt keine Erleichterung, sondern nur eine Verbreiterung der durch das deutsche Memorandum angesprochenen Diskussion. Die deutsche Regierung würde sicher gut tun und sie würde sich viel Sympathien in der Welt erringen, wenn sie auf ein rasch zu erzielendes praktisches Ergebnis hinarbeitete. Von diesem praktischen Ergebnis hängt ja nicht nur der Frieden Zentral-europas, der nicht unmittelbar bedroht ist, sondern zum guten Teil auch das Schicksal des altbesetzten Gebietes ab.

Ob aber die Regierung Luther-Strefemann zu einer solchen Aktivität im Interesse des Weltfriedens und des besetzten Gebietes die nötige Kraft aufbringen wird, ist eine andere Frage. Die außenpolitische Bahn, auf die sie sich mit ihrem Memorandum vom 9. Februar begeben hat, wird bekanntlich von den hinter ihr stehenden Parteien hart bedrängt. Der von ihr ausgesprochene ewige Verzicht auf Elß-Lothringen wird von den Nationalisten als ein Verrat am deutschen Recht, als eine nochmalige, freiwillige Unterzeichnung des Friedens von Versailles betrachtet. Gegen die Schiedsverträge, die im Osten geplant sind, wird eingemendet, daß auch sie praktisch nur zu einer Bestätigung der bestehenden Grenzen führen würden.

Für die Sozialdemokratie ist nicht erst seit heute die Herstellung eines gesicherten Friedens, eines freundschaftlichen Verhältnisses und einer möglichst engen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich der entscheidende Punkt der europäischen Politik. Sie verlangt selbstverständlich für dieses Verhältnis volle Gleichberechtigung beider Teile, alle anderen Punkte aber ist sie bereit, der unbedingten Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen diesen beiden großen Nachbarvölkern unterzuordnen. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und ein ehrlicher Pakt zwischen Deutschland und Frankreich öffnet den Weg zu

dem neuen Europa, das wir Sozialisten wollen. Indes glauben wir nicht, daß dieser Weg zu Ende gegangen werden wird, solange in Deutschland und in Europa bürgerliche, zum Teil stark in den Methoden der alten Diplomatie besessene Elemente die Führung haben und die internationale sozialistische Arbeiterbewegung sich vorwiegend in der Rolle der Zuschauerin und Kritikerin befindet.

Deutsche Erwägungen.

Zu den Erörterungen der Presse über den Zeitpunkt der Antwort der Reichsregierung auf die französische Note in der Sicherheitsfrage hört WTB. von unterrichteter Seite, daß sich dieser Zeitpunkt im Augenblick noch in keiner Weise bestimmen läßt. Die Ausführungen der französischen Note berühren nahezu alle wichtigen Probleme der deutschen Außenpolitik. Es kommt hinzu, daß diese Ausführungen zum Teil juristisch außerordentlich kompliziert sind und in manchen Einzelheiten auch zu Zweifeln darüber Anlaß geben, wie die alliierten Vorschläge zu verstehen sind. Aus diesen Gründen ist eine sachliche Stellungnahme der Reichsregierung zu der Note erst nach sorgsamster Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände denkbar.

Englands Vorbehalte.

London, 18. Juni. (WTB.) Reuter meldet, daß Chamberlain in einem Kommentar zu dem heute veröffentlichten vorläufigen französischen Notentwurf sich dahin geäußert habe, daß das grundlegende Prinzip, wodurch sich die britische Regierung habe leiten lassen, der Grundsatz gewesen sei, daß irgendeine neue Verpflichtung spezifiziert und beschränkt werden müsse auf die Wahrung der bestehenden territorialen Abmachung an der Westgrenze Deutschlands. Die britische Regierung sei nicht darauf vorbereitet, neue Verpflichtungen anderswo zu übernehmen, die über diejenigen, welche aus dem Statut des Völkerbundes und den Friedensverträgen sich ergeben, hinausgehen.

Hinter verschlossenen Türen.

Deutschnationaler Beschluß über die Entwaffnungsnote. — Die Öffentlichkeit darf nichts erfahren.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ veröffentlicht folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Da Sie leider der wichtigen Fraktionsitzung vom Dienstag, den 9. Juni, nicht beigewohnt haben, erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, daß in dieser Sitzung ein entscheidender und für die genannte Fraktion als bindend erklärter Beschluß über die Entwaffnungsnote gefaßt ist, der auch für die bevorstehenden Verhandlungen über Sicherheitspakt und Völkerbund Bedeutung hat. Bei der Vertraulichkeit der Verhandlung und des Beschlusses möchte ich von schriftlicher Mitteilung absehen, aber die ausdrückliche Bitte aussprechen, sich im Protokollbuch zu informieren und Ihre Stellungnahme schriftlich mir oder meinem Bureau, 2. Obergesch., Zimmer 44, mitteilen zu wollen.

Ihr sehr ergebener
gez. Graf Westarp, M. S. P.

Der Brief ist ein Beweis dafür, daß es im deutschnationalen Lager kriselt. Wenn die deutschnationale Reichstagsfraktion es nicht wagt, ihre Mitglieder vor vertraulichen Beschlüssen schriftlich in Kenntnis zu setzen, so kann der Grund nur die Angst vor Indiskretionen aus dem eigenen Reihen sein. Der eine traut dem anderen nicht.

Noch seltsamer ist es, daß die deutschnationale Fraktion ihren Beschluß zur Entwaffnungsfrage und ihre Stellungnahme zu Garantiepakt und Völkerbund geheim hält. Die deutschnationale Reichstagsfraktion läßt einen Beschluß über die Fragen, die für Deutschlands und Europas Zukunft entscheidend sind, aber die Öffentlichkeit darf davon nichts wissen! Will man nun die Wähler oder die Koalitionsparteien des Rechtsblocks hinter das Licht führen?

Vor der Entscheidung der Sozialisten.

Veröhnungsversuche der Gruppe Painlevé.

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In den politischen Kreisen sieht man der für Donnerstag nach erwarteten Entscheidung der sozialistischen Partei mit größter Spannung entgegen; obwohl nach dem Verlauf der gestrigen Diskussion kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen kann, daß die übergroße Mehrheit sowohl der Fraktion wie des Parteivorstandes eingeschlossen ist, der augenblicklich unhaltbar gewordenen Situation ein Ende zu machen, scheint man innerhalb der bürgerlichen Gruppen des Kartells die Hoffnung auf eine Verständigung noch nicht völlig aufgegeben zu haben. So hat die Fraktion der republikanischen Sozialisten, der außer dem Ministerpräsidenten Painlevé auch der Außenminister Briand angehört, eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Nach reiflicher Prüfung der Situation spricht die Fraktion den Wunsch aus, daß die Regierung und die verschiedenen Gruppen des Kartells auf dem Wege gegenseitiger Konzessionen so schnell wie möglich zu einer Verständigung gelangen, um damit den Fortbestand der Kartelle gesichert zu sehen, dessen Auseinanderfallen lediglich der Reaktion zugute kommen würde und dessen politische Orientierung dem in zwei Wahlen unabweisbar zum Ausdruck gebrachten politischen Willen des Landes entspricht.“ Es ist erfreulich, daß man nunmehr auch im bürgerlichen Lager die Größe der Gefahr, der der französischen Demokratie aus dem Auseinanderfallen der bisherigen Koalition der Linksparteien erwächst, zu erkennen beginnt. Aber es wird gesagt werden müssen, daß bisher alle Konzessionen lediglich von den Sozialisten gebracht worden sind, die trotz der starken Zustimmung, die schon die Regierungserklärung des Ministeriums Painlevé insoweit in die Reihen der Radikalsocialisten hinein ausgelöst hatte, und trotz der zahlreichen Zugeständnisse, die die Nachfolger des Ministeriums Herriot seitdem der Reaktion gemacht haben, einer Regierung politische Gefolgschaft geleistet haben, die nicht die ihre war.

Die Fraktion war um dieser Taktik willen schon seit mehreren Wochen den schärfsten Angriffen aus der Partei heraus ausgesetzt und in zahllosen Entschließungen hat neuerdings fast die Gesamtheit der der Partei angeschlossenen Verbände die Forderung des bisherigen Kurzes verlangt. Wie angesichts dieser Lage die Dinge sich weiter entwickeln werden, hängt von einer Reihe von Umständen ab, deren Ungewißheit die Voraussage unmöglich machen und der „Paris Soir“ hat nicht ganz unrecht, wenn er heute schreibt, daß man im gegenwärtigen Augenblick von einer Krise schlecht zu sprechen könne, daß aber erst die nächsten Tage die Entscheidung bringen müßten, ob es sich um eine Regierungskrise, oder eine Krise des Kartells oder um eine Krise des gegenwärtigen politischen Regimes handele.

Zafollette gestorben.

New York, 18. Juni. (Durch Funkpruch.) Robert Marion Zafollette, Senator für den Staat Wisconsin, der Präsidentenwahlkandidat der dritten Partei, ist heute an den Folgen einer starken Erkältung im Alter von 70 Jahren gestorben.

Zollkampf im Reichsrat.

Der Zolltarif unter stärkstem Druck der Reichsregierung unverändert angenommen. — Der Einspruch gegen das Gesetz über die bayerischen Volksgerichte zurückgezogen.

Die gestrige Sitzung des Reichsrats brachte zwei Entscheidungen von großer Tragweite. Der Einspruch gegen das vom Reichstag auf sozialdemokratischen Antrag beschlossene Gesetz, das die Wiederaufnahme des Verfahrens bei Urteilen der bayerischen Volksgerichte zulässt, wurde zurückgezogen. Das Gesetz ist damit verfassungsmäßig zustande gekommen, die Wiederaufnahme wird für Bayern geltendes Recht.

Hätte schon diese verfassungsrechtliche Frage die Gemüter stärker erregt, als man es sonst an dieser Stelle gewohnt ist, so gestaltete sich der folgende Kampf um den Zolltarif erst recht zu einem Vorgang voll verhaltener dramatischer Spannungen. Die preussische Staatsregierung stand hier, von einigen kleinen Ländern unterstützt, gegen die Reichsregierung und gegen die Vertreter der eigenen Provinzen. Der Gegensatz zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung, der auf einer Verschiedenheit der stützenden Parteigruppierungen beruht, trat in bisher noch nie bemerhter Schärfe in Erscheinung.

Wenn die preussische Regierung schließlich, nach Ablehnung ihrer Anträge, für den unveränderten Entwurf stimmte, so geschah das offenbar aus der Erwägung heraus, daß die Schaffung eines Zolltarifs an sich eine Notwendigkeit sei und ein Vakuum nicht verantwortet werden könne.

Nach diesem Ausruf im Reichsrat kann man sich eine Vorstellung davon machen, mit welcher Schärfe der Kampf im Reichstag entbrennen wird, wo in den nächsten vier Wochen die endgültige Entscheidung fallen soll!

Der Reichsrat beriet gestern über die Begründung des neulich beschlossenen Einspruchs gegen den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über die

Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der Bayerischen Volksgerichte.

In der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Begründung des Einspruchs wird darauf hingewiesen, daß Bayern seinerzeit die Untersuchungsgerichte selbstständig eingerichtet habe und die entsprechenden bayerischen Bestimmungen könnten nicht durch Reichsgesetz geändert werden. Ausschlaggebend seien jedoch politische Bedenken. Die Reichsregierung habe im Jahre 1922 das Versprechen gegeben, Sicherheitsrechte der Länder nicht anzustreben zu wollen und nicht ohne Not, und so weit es möglich sei, ohne Zustimmung des Reichsrats von gewissen Bestimmungen der Verfassung Gebrauch zu machen.

Preuß. Ministerialdirektor Nobis beantragte namens der Preussischen Regierung, dieser Begründung nicht zuzustimmen, sondern zu beschließen, daß der Einspruch zurückgezogen werde.

Der bayerische Gesandte Dr. v. Preger hat namens der Bayerischen Staatsregierung, den preussischen Antrag abzulehnen und dem Ausschuß-Beschluß beizutreten. Es ist, so führte er aus, meines Erachtens ein ungewöhnlicher Vorgang, und trägt nicht dazu bei, das Ansehen des Reichsrats zu erhöhen, wenn er einen vor drei Wochen formgerecht gefassten Beschluß wieder umstößt, ohne daß die Sachlage sich irgendwie geändert hat, denn ich kann darin, daß eine gewisse Presse (?) zur Zurückziehung des Beschlusses aufgeführt hat oder daß der Preussische Bundtag auf einen konstituierenden Antrag hin einen dahingehenden Beschluß gefaßt hat, eine Veränderung der Sachlage nicht erblicken.

Der Vertreter der Provinz Hessen-Nassau Freiherr v. Loth zu Solz trat dem Vertreter Bayerns bei und bat „im Interesse der Reichseinheit“ (!) eine Beumrühigung Bayerns zu vermeiden.

Nachdem der Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein kurz erklärt hatte, daß er für den Antrag der preussischen Regierung stimmen werde, wurde

in namentlicher Abstimmung der Antrag Preußens auf Zurückziehung des Einspruchs mit 38 gegen 26 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Dafür stimmten die preussische Regierung, der Vertreter der Stadt Berlin, der Vertreter der Provinz Pommern, der Vertreter der Grenzmark Westpreußen-Posen, der Vertreter von Oberschlesien und die Vertreter von Schleswig-Holstein, Westfalen und der Rheinprovinz, ferner die Länder Sachsen, Baden, Hessen, Hamburg, Anhalt, Lippe, Lübeck, Waldeck und Schaumburg-Lippe. Gegen den Antrag stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Niederschlesien, der Provinz Sachsen, Hessen-Nassau und die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig. Der Stimme enthielten sich der Vertreter der Provinz Hannover und der Vertreter von Bremen.

Die Zollvorlage.

Hierauf beschäftigte sich der Reichsrat mit der Zollvorlage. Das Generalreferat hatte der preussische Reichsbevollmächtigte Ministerialrat Dr. Sommer, der über die Vorlage und ihre Beratung in den Ausschüssen ausführte: Der gegenwärtige Entwurf ist nur ein Provisorium. Die darin enthaltene Regelung war jedoch nötig, um die dringendsten wirtschaftspolitischen Zollmaßnahmen zu treffen und um gleichzeitig die bisher nicht vorhandenen gewerblichen zolltarifrechtlichen Grundzüge für schwebende und kommende Handelsvertragsverhandlungen zu schaffen. Der Regierungsentwurf berücksichtigt die Weltmarktstellung, in der die Geldentwertung mit zum Ausdruck kommt, die gestiegenen Erzeugungskosten und erhöhten Kosten der deutschen Wirtschaft, die im Inlande und teilweise auch im Auslande gesunkene Kaufkraft, den gesteigerten Wettbewerb des Auslandes sowohl in Deutschland wie auf dem Weltmarkt, die den deutschen Handel gefährdenden hochschützollnerischen Maßnahmen des Auslandes.

Der Entwurf nimmt Rücksicht auf die Tatsache, daß im Ausland vielfach neue Industrien entstanden sind, daß bezüglich einzelner Erzeugnisse, insbesondere Rohstoffe, starke Verschiebungen der Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt stattgefunden haben. Er mußte auch berücksichtigen, daß der deutsche Produktionsapparat vielfach infolge von Kriegs- und Nachkriegsercheinungen mit der technischen Entwicklung im Auslande nicht Schritt halten konnte. Entsprechend sieht der Entwurf keine allgemeine Zollaufwertung vor; er will auch nicht sämtliche kurzzeit schwebenden Zollfragen, sondern nur die dringendsten regeln. Dabei mußten vielfach rein aus handelspolitischen Gründen zunächst höhere Zollsätze eingelegt werden, als sie später nach Ratifikation der entsprechenden Handelsverträge praktisch gelten werden. Die von dem Grundgesetz der Reichsbegünstigung und eines maximalen Zollscheses getragene deutsche Handelspolitik bedingt, daß

die endgültige Höhe der Zollsätze im allgemeinen erst durch die abzuschließenden Handelsverträge endgültig geregelt wird.

Die Reichsrats-Ausschüsse haben den allgemeinen Grundsatz des Entwurfs: Schutz lebensfähiger einheimischer Produktion und Notwendigkeit der Förderung der Ausfuhr, als richtig gebilligt. Die in dem Entwurf enthaltenen, der Höhe nach im allgemeinen zu billigen Zollsätze sind nicht als endgültige Regelung anzusehen. Der Redner berichtete dann über die bekannte Begründung, die die Reichsregierung den geforderten

Mindestzölle für Getreide

gegeben hat, und erklärte dazu: Die Reichsrats-Ausschüsse konnten zu einem einstimmigen Ergebnis über diese Regelung der landwirtschaftlichen Zölle nicht kommen; insbesondere wurden Anträge gestellt, welche die Herabsetzung des autonomen Zollsatzes für sofort oder später und die Beseitigung der Mindestzölle zum Ziele hatten. Die Mehrheit der Reichsrats-Ausschüsse hat jedoch die in dem Text der Vorlage enthaltenen Grundzüge angenommen.

Hierauf wurden noch einige Spezialreferate gehalten, aus denen sich ergab, daß die Reichsrats-Ausschüsse bei den Industriezölle noch einige Änderungen, zumeist Erhöhungen vorgenommen haben.

Preußen gegen Mindestzölle.

Die Preussische Regierung gab ihrer Stellungnahme durch einen Abänderungsantrag Ausdruck, der nach Inhalt und Begründung wie folgt lautet:

„Die Preussische Staatsregierung steht auch ihrerseits auf dem Standpunkt, daß die Erhaltung und Förderung einer möglichst leistungsfähigen und intensiv arbeitenden Landwirtschaft, die einen möglichst großen Teil des deutschen Nahrungsmittelbedarfs im Inlande zu erzeugen in der Lage ist, für die gesamte deutsche Volkswirtschaft von größter Bedeutung ist. Sie hält jedoch den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Weg für nicht zweckmäßig, weil er den Verhältnissen der gegenwärtigen Lage nicht gerecht wird. Die Preussische Staatsregierung wiederholt daher ihre in den Sitzungen der Ausschüsse hinsichtlich der landwirtschaftlichen Zölle gestellten Grundanträge. Diese haben zum Inhalt, daß erstens bis auf weiteres für Roggen, Weizen und Spelz, Gerste und Hafer Zollsätze von 3 Reichsmark, 3,50 Reichsmark, 3 Reichsmark und 3 Reichsmark eingeführt werden, zweitens die Mindestzölle beseitigt werden. Drittens die Reichsregierung ermächtigt wird, die Getreidezölle zu ermäßigen oder aufzuheben und im Bedarfsfälle bis zur Höhe der genannten Sätze wieder einzuführen oder heraufzusetzen.“

Ein badiischer Antrag wollte die Mindestzölle für Getreide herabzusetzen. Danach sollten die Mindestzölle nur betragen vom 1. August 1926 für Roggen 3 M., für Weizen 3,50 M., für Hafer 2 M. und für Gerste 3 M.

Der Vertreter der badiischen Regierung erklärte dazu, daß Baden an sich grundsätzlich gegen die Wiedereinführung von Getreidezölle sei. Die Mindestzölle der Vorlage gingen über das Maß des Gebotenen hinaus.

Der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin ist für noch höhere Agrarzölle und nimmt die Regierungsvorlage nur an, weil augenblicklich nicht mehr zu erhalten ist.

Rhein gegen Preußen.

Reichsminister für Landwirtschaft und Volksernährung Graf Kanitz führte aus: Die Reichsregierung ist bei Bemessung der Getreidezollsätze bereits soweit heruntergegangen, wie sie es glaubte überhaupt noch ertragen zu können. Die Reichsregierung hat in keiner Weise bei der Bemessung der Sätze für Getreide der eingetretene Geldentwertung Rechnung getragen. Um so bedauerlicher ist es für die Reichsregierung, daß das größte Land, Preußen, Anträge gestellt hat, die einmal die autonomen Sätze auf den geringen Satz von 3 M. herabzusetzen und außerdem die Mindestsätze beseitigen wollen. Gerade diejenigen, die behaupten, eine Bindung der Getreidezölle sei handelspolitisch falsch, weil dann unseren Unterhändlern nicht das geeignete Rückzug in die Hand gegeben sei, müßten dann wenigstens sehr hohe autonome Sätze annehmen, damit zwischen Ruß und autonomem Satz eine möglichst große Spanne bleibt und damit wirklich verhandelt werden kann. Die Reichsregierung kann nicht umhin, über den Antrag Preußens, den Satz auf 3 M. herabzusetzen und gewissermaßen einen Einheitsatz zu statuieren, ihre größte Verwunderung auszusprechen, weil damit handelspolitisch die Getreidezölle ziemlich wertlos gemacht sind, und andererseits, das muß offen von der Reichsregierung ausgesprochen werden, den landwirtschaftlichen Belangen in keiner Weise Rechnung getragen wird. Zur Frage der Mindestzölle habe ich bereits in den Ausschüssen ausgeführt, daß heute, wo Deutschland politisch und wirtschaftlich schwach ist, es noch viel mehr gezwungen ist als in dem ehemaligen starken tschechischen Deutschland, den Unterhändlern über Handelsverträge den Rücken zu stärken. Mit der in dem preussischen Antrag enthaltenen Ermächtigung, auch auf Null herunterzugehen und eventuell wieder heraufzugehen, wird der Zollkrieg innerhalb Deutschlands verewigt. Denn es ist ganz klar, daß jede Regierung sich sehr hüten wird oder sehr ungern dazugehen wird, überhaupt an dem System etwas zu ändern. Wenn sie heruntergehen muß, so wird das natürlich gleich wieder in den Kreisen des Handels und der Landwirtschaft große Beunruhigung hervorrufen, und wenn sie heraufgehen muß, wird eine ganz ungeheure Enttäuschung gegen die Regierung losgehen, die angeblich wieder Brotwucher treibt. Ich halte die Ermächtigung, gewissermaßen labil zu verfahren bei den Getreidezölle, immerpolitisch für sehr bedenklich, und dieses Bedenken reißt sich an das Bedenken auch gegenüber dem Vorschlag von gleitenden Zölle, der im Reichswirtschaftsrat gemacht wurde. Jedenfalls erkläre ich im Namen der Reichsregierung, daß sie den allergrößten Wert darauf legt, gerade im handelspolitischen Interesse und um auch die Relation zwischen Industrie- und landwirtschaftlichen Zölle nicht zu ungesund zu gestalten, daß die Zollvorlage in der vorliegenden Fassung angenommen wird, und die Reichsregierung wird sich, das kann schon jetzt gesagt werden, nicht damit einverstanden erklären, daß die preussischen Anträge angenommen werden, und sie wird dann jedenfalls erneut in eine ernsthafte Beratung darüber treten müssen, was nun geschehen soll.

Ablehnung aller Abänderungsanträge.

Nachdem ein Vertreter der preussischen Regierung nochmals den preussischen Antrag begründet hatte, wurde die Nummer 1 des preussischen Antrags mit 38 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten das preussische Staatsministerium, der Vertreter von Berlin, die Länder Sachsen, Hamburg, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck und Schaumburg-Lippe. Die preussischen Provinzvertreter stimmten gegen das Staatsministerium.

Alle übrigen Abänderungsanträge verfielen dem gleichen Schicksal.

Der Zolltarif angenommen.

In der Gesamtabstimmung wurde die Zollvorlage nach den Beschläßen der Ausschüsse mit 49 gegen 10 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen angenommen. Dafür stimmte das preussische Staatsministerium, die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westpreußen-Posen, Niederschlesien, Oberschlesien, der Provinz Sachsen, von Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, der Rheinprovinz, Hessen-Nassau und die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Waldeck. Dagegen stimmten der Vertreter der Stadt Berlin und die Länder Baden, Hamburg, Bremen, Lippe, Lübeck und Schaumburg-Lippe. Sachsen enthielt sich der Stimme.

Nach der Verabschiedung der Vorlage wurde von dem stellvertretenden Bevollmächtigten für die Provinz Pommern unter Zustimmung der Bevollmächtigten für die Provinzen eine Erklärung

abgegeben, in der gesagt wird, daß die Agrarzölle noch zu niedrig seien.

Kleine Vorlagen.

Der Reichsrat erledigte dann noch eine große Anzahl kleinerer Vorlagen. Zugestimmt wurde u. a. einem Gesetzentwurf, durch den die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen wieder auf den Vorkriegssatz erhöht werden, ebenso einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Wehrmachtsverordnungsgegesetzes. Zum Schluß erklärte sich der Reichsrat mit der Festsetzung der den Gemeinden zum Ersatz der Kosten der Reichspräsidentenwahl zu überweisenden Beträge einverstanden. Danach werden für den ersten Wahlgang die bei der Reichstagswahl am 4. Mai gezahlten Pauschsätze plus 25 Proz. gewährt, und für den zweiten Wahlgang 75 Proz. der Pauschsätze des ersten Wahlganges.

Zuvor war der Gesetzentwurf über die zweite Änderung der Personalabbauverordnung mit kleinen Änderungen angenommen worden.

Höfles Martyrium.

Das skandalöse Meineidsverfahren.

Die gestrige Sitzung des Höfles-Untersuchungsausschusses fügte dem bisherigen Bild neue interessante Striche zu. Zuerst wurde Oberstaatsanwalt Linde nochmals vernommen, weil seine frühere Bekundung daß er noch an dem kritischen Sonnabend (18. April) Dr. Höfle in „völlig frischem Zustand“ angetroffen habe, im Widerspruch zu den Aussagen aller anderen Zeugen steht, die Höfle noch an diesem Tage gesehen haben. Dr. Linde beharrte zunächst auf seinem Standpunkt, mußte aber unter der eingehenden Befragung des Sachverständigen Prof. Levin, schließlich zugegeben, daß Höfle in Wirklichkeit bei der Unterredung interesselos, ja fast apathisch sich verhalten und nur in langen Sätzen gemurmelt habe.

Die Gegenüberstellung des Reichstagsabg. Buchholz von der Zentrumsfraktion mit dem Untersuchungsrichter Dr. Rothmann ergab sodann, daß es der Zentrumsfraktion unmöglich gemacht worden war, Höfle in der Untersuchungsphase durch Mitglieder der Fraktion besuchen und über seine Verhältnisse beruhigen zu lassen. Der Untersuchungsrichter hatte nämlich die Bedingung gestellt, daß für einen derartigen Besuch Frau Dr. Höfle auf einen Besuchsstag — es stand ihr ein solcher gerade an jedem 10. Tage zu! — ihrerseits verzichten sollte (!), woraus natürlich die Zentrumsfraktion ablehnte.

Ein noch erschütterndes Bild vom Martyrium Dr. Höfles ergab sodann die

Behandlung des vom „Vorwärts“ zuerst aufgedeckten Meineidsverfahrens.

desen Akten vorliegen. Folgender Sachverhalt stellte sich heraus: Das Postministerium, durch das Dr. Höfle auch sonst nach seiner Amtsunterbrechung in gehässiger und kleinlicher Weise schikaniert worden ist, hatte über Höfles gesamtes Vermögen einen Arrest ausgedrückt und verlangte außerdem noch die Ablegung des Offenbarungseides. Als Höfle zum Termin vorgeführt, erklärte, aus der Untersuchungsphase heraus und bei seinem tranken Zustand den Offenbarungseid nicht ablegen zu können, wollte ihm der Richter Ausschub bewilligen, aber der Vertreter des Postministeriums verlangte, daß Höfle höchstens drei Tage Ausschub bekäme! Ein Grund für dieses schikantöse Verhalten ist nicht aufzufinden.

Tatsächlich mußte Höfle kurz darauf den Offenbarungseid leisten, ohne irgendwelche Unterlagen, Aufzeichnungen oder Notizen über sein Vermögen vorher beschafft zu haben. Er stellte nach bestem Wissen ein Verzeichnis auf, gab aber vernünftigerweise die Erklärung zu Protokoll, daß er in Anbetracht der Hast und seiner Krankheit, er das eine oder andere vergessen haben könnte. Ganz kurze Zeit darauf war das Meineidsverfahren da! Die Staatsanwaltschaft hatte sich, wie die Akten ergeben, genau über den Gang der Sache auf dem Laufenden halten lassen. Als bald nach der Eidesleistung Höfles machte der Staatsanwaltschaftsrat Belzer die Anwesenheit: Ein Herr Sudau habe ihm mitgeteilt, daß Höfle an seinem Verlaß einen kleinen Anteil habe. Dieser Anteil sei nicht angegeben. Wie diese auffällige Mitteilung zustande gekommen ist — und es muß auffallen, daß die Staatsanwaltschaft sofort nach Ablegung des Offenbarungseides, wozu kein Mensch außer Dr. Höfle etwas gemerkt hat, sofort einen Zeugen parat hat —, darüber wird der Ausschuss noch Feststellungen durch die Vernehmung Belzers und Sudaus treffen. Höfle wurde vernommen. Er gab, wie nicht anders zu erwarten, an, daß dies eben eine der kleineren Sachen gewesen sei, die er vergessen habe, und gab noch aus freien Stücken einen zweiten kleinen Posten an, der ihm ebenfalls inzwischen eingefallen war. Das Verfahren wurde eingeleitet — nach dem erwähnten Protokoll Höfles wäre es ja auch ganz aussichtslos gewesen. Aber natürlich hat es dazu beigetragen, die Angst und seelische Qual Höfles in der Haft gewaltig zu steigern.

Ueber das ganze Verfahren kam es zu

sehr heftigen Auseinandersetzungen

zwischen dem Oberstaatsanwalt Linde und unseren Abgg. Heilmann und Kutner, die dem Oberstaatsanwalt vorhielten, daß jeder objektive Mensch die Einstellungsnotwendigkeit auf den ersten Blick erkannt und das Verfahren gar nicht erst eröffnet haben würde. Herrn Lindes kriminalistische Witzsätze hatten keinen Erfolg, als immer deutlicher den Rache- und Befriedigungsgeist zu offenbaren, von dem die Staatsanwaltschaft in der ganzen Angelegenheit erfüllt war.

Die übrigen Zeugenaussagen bestätigten im wesentlichen früher Gebörtes. Sowohl die Vernehmung des Gefängniswarts Bürger, des Oberwachmeisters Köhring stehen die tolle Schlampe- rei erkennen, die unter Dr. Thiele's Leitung im Gefängnisgarett mit starken Giftmitteln getrieben worden sind. Durch die Aussage des Untersuchungsrichters Dr. Rothmann ergab sich übrigens noch, daß Dr. Thiele am Abend des kritischen Sonnabend nicht, wie er behauptet hat, die Ueberführung Höfles in ein Krankenhaus beantragt hat, sondern im Gegenteil dem Untersuchungsrichter mitgeteilt hat, daß Lebensgefahr nicht bestehe.

Der Ausschuss setzt am Freitag um 10 Uhr seine Verhandlungen fort.

Kampf im Zentrum.

Um den maßgebenden Einfluß in der „Germania“.

Der Kampf zwischen dem rechten und linken Flügel um den maßgebenden Einfluß im Zentrum hat vor kurzem dazu geführt, daß der rechte Flügel sich die Majorität im Ausschuss der „Germania“ sicherte. Diese Mehrheit hatte nichts Eligeres zu tun, als den Vertrauensmann der auf dem linken Flügel stehenden Berliner Parteiorganisation, der nach altem Gewohnheitsrecht Mitglied des Ausschusses ist, nicht wieder-zuwählen.

Die Berliner Organisation des Zentrums läßt sich dies aber nicht gefallen. Sie fordert energisch, daß ihr zweiter Vorsitzender im Ausschussrat zugelassen wird und spricht die Erwartung aus, daß die von der Direktion und der Redaktion bisher verfolgte bewährte Zentrumspolitik unverändert fortgeführt wird.

Aus dem Rathaus.

Der Tafelschmuck des Kronprinzen. — Ein Stadtratsposten durchs Los besetzt.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern wieder ein beträchtlicher Teil der Sitzung mit Geschäftsordnungsdebatten verdrängt. Nach der Abstimmung über den Tafelschmuck des Kronprinzen bemängelten die Kommunisten das Verfahren des Vorsteherstellvertreters Caspari, und bei der Wahl eines unbefoldeten Stadtrats versuchten sie, die Sitzung zu sprengen. Daß in der Wahl die Kommunisten den Posten nicht wieder erhalten sollten, veranlaßte den Kommunisten Dörr zu einem wütenden Angriff gegen die Sozialdemokratie, den Genosse Reimann kühl zurückwies. Nach drei Wahlgängen ergab sich wegen der bei der Stichwahl eintretenden Stimmengleichheit die Notwendigkeit, das Los entscheiden zu lassen. Die deutschnationale Frau Kausler hatte mehr Glück als unsere Genossin Wachenheim. Dem Zufall hat Frau Kausler es zu danken, daß sie in den Magistrat einzutreten darf.

In der gestrigen Sitzung fanden zunächst zwei Dringlichkeitsanträge der Deutschen Volkspartei, in denen Protest gegen die beabsichtigte Fällung eines Teils des Baumbestandes der Hasenheide und gegen die auf dem Leipziger Platz aufgestellten Reklametafeln einer Gartenbaufirma erhoben wird, die Zustimmung der Versammlung. Dagegen stieß der Dringlichkeitsantrag unserer Genossen gegen die Zalloanlage auf Widerspruch rechts und kommt somit erst in der nächsten Sitzung zur Beratung. Das gleiche Schicksal widerfuhr im Laufe der Sitzung auch einem demselben Gegenstand betreffenden Antrag der Kommunisten. Vorweg zur Beratung gestellt wurde die Magistratsvorlage, welche das Einverständnis der Versammlung nachsucht für die

Aufnahme einer langfristigen Auslandsanleihe im Betrage bis zu 15 Millionen Dollar.

bei einer nominellen Verzinsung von höchstens 7 Proz. für Zwecke der Elektrizitätswerke und der Nord-Südbahn. Der Magistrat soll ermächtigt werden, im Einvernehmen mit der Finanz- und Steuerdeputation die näheren Bedingungen der Anleihe festzusetzen. Nachdem Gehlmann (Komm.) die Ablehnung der Vorlage erklärt hatte, weil sie die Verschleppung der Berliner Arbeiterschaft nur noch verschlimmern würde, stellte Kammerer Dr. Karding fest, daß er der erste sein würde, diesen Finanzbedarf aus inländischen Anleihen zu decken. Stehe man dagegen vor der Alternative, die geplanten Verbesserungen mit amerikanischem Gelde oder gar nicht auszuführen, so sei der kommunistische Standpunkt schlechthin unverständlich. Im Anschluß hieran nahm der Kammerer Gelegenheit, gegen einen Artikel des „Berliner Börsen-Kuriers“ Vermehrung einzulegen, in welchem der frühere Minister Gothein der Stadtgemeinde den Vorwurf macht, daß sie eine Theaurierungs-politik betreibt, daß sie auch mit dem Erlös aus dieser Anleihe in Wirklichkeit Hochbahnaktien kaufen wolle. Schon oberflächliche Betrachtung hätte Herrn Gothein belehren müssen, daß auch mit den für die Elektrizitätswerke geforderten 33 Millionen die geplanten Bauten noch nicht hergestellt werden können. — Dr. Caspari (D. Sp.) leitete Bedenken gegen die Vorlage nur aus dem Umstande her, daß die Begründung manches dunkel laufe. Das Rummelsburger Beck sei eine neue Schöpfung, das Charlottenburger Beck aber sei schon seit geraumer Zeit umgebaut, und eventuell wolle man aus dem Anleiheerlös zunächst alte Verpflichtungen decken. Auch sei es doch nicht über allen Zweifel erhaben, ob die Zunahme des Elektrizitätsverbrauchs in dem jetzigen gewaltigen Ausmaß andauern werde. — Dr. Mischowitz (Dem.) bricht sich für die Vorlage aus, die wirtschaftlich und politisch gerechtfertigt sei. Sein Parteifreund Gothein werde ja selbst seine Auffassung dem Kammerer gegenüber rechtfertigen; tatsächlich aber habe die Stadt Berlin sich in einem nicht ganz ungefährlichen Umfang an der Börse betätigt. — Nach weiterer Erörterung, an der sich u. a. noch Dr. Steiniger (Dnat.) und v. Ennen (D. Sp.) beteiligten, wurde zunächst ein Zwischenantrag der Deutschen Volkspartei, wonach die Beschlußfassung über die Verwendung des Erlöses noch einer Beratung im Haushaltsausschuß bedürftig sei, mit großer Mehrheit angenommen und mit diesem Zusatz die Vorlage selbst mit derselben Mehrheit. Der Errichtung eines Gebäudes für die Dienststellen des Gesundheitswesens in Pankow wurde zugestimmt; 21 000 M. zur Durchführung des Aufbaues des Rindererholungsheims Zehrendorf-Jossen wurden bewilligt. Bei der zweiten Beratung der Vorlage betr. Richtlinien über die Gewährung von Darlehen oder die Übernahme von Bürgschaften

für Sportvereine bei Spielplatzbauten entspann sich über den Charakter des „Sportklubs Charlottenburg“ ein gereizter Disput zwischen dem Kommunisten Sellheim und dem Oberbürgermeister Böß, der den „feudalen“ Charakter dieses Klubs bestritt. Die „Richtlinien“ wurden mit zahlreichen vom Ausschuss gewünschten Änderungen genehmigt und der Rettungsgesellschaft der Wassersportvereine von Berlin und Umgebung e. V. 30 000 M. als Darlehen gewährt. Dem Ausbau des östlichen Teils des Tempelhofer Feldes zu einem Sport- und Spielplatz gab die Versammlung nach den Anträgen des Ausschusses, für den Genossin Fahrwald referierte, ihre Zustimmung. Den Beanstandungen, zu denen Hältchen (D. Sp.) Anlaß zu haben glaubte, trat Gen. Großmann nachdrücklich entgegen. Für die

Errichtung eines Hallenschwimmbades im Bezirk Lichtenberg wurde die erste Bau-rate von 600 000 Mark auf Antrag der Kommunisten zur Verfügung gestellt. Für die Anlage eines Fußgänger-tunnels am Kugelgeländ in Friedrichshagen waren 750 000 Mark angefordert. Ohne Aussprache wurde von der Mehrheit sowohl die beantragte Ausschussberatung als auch die Forderung selbst abgelehnt!

Auf 7 Uhr waren die ausstehenden Abstimmungen und die Wahl eines unbefoldeten Stadtrats angelegt. Zunächst kam der Antrag unserer Genossen betreffend den

Tafelschmuck des Kronprinzen

zur Abstimmung. Der kommunistische Änderungsantrag, wonach das Tafelsilber verkauft und der Erlös Kriegsoffern zugewendet werden soll, fiel gegen die Stimmen der Antragsteller. Der Antrag Heiman verlangt in seinem ersten Teile, daß der Magistrat sich der Auslieferung widersetzen soll; im zweiten Teil wird die Ausstellung in einem Museum anempfohlen. Ueber beide Teile sollte namentlich abgestimmt werden.

Nach Beendigung des Namensaufrufs zur Abstimmung über den ersten Teil brachte Dörr (Komm.) zur Sprache, daß Dr. Caspari einen weißen In-Zettel in den Korb geworfen, diesen Zettel dann aber wieder herausgenommen und gegen einen roten Rein-Zettel ungetauscht hat. Wenn das so offen geschehe, was möge denn wohl sonst noch am Vorstandstisch gemogelt werden! (Unruhe.) Vorsteherstellvertreter Dr. Caspari rügte den Ausbruch und stellte anheim, die Sache auf dem Antragswege weiter zu verfolgen. — Während das Abstimmungsergebnis ermittelt wurde, schritt die Versammlung zur Vornahme der

Wahl eines unbefoldeten Stadtrats.

Hier war Dörr Ausschussreferent. Er teilte mit, daß, nachdem im Ausschuss für keinen der vier vorgeschlagenen Kandidaten eine Mehrheit zu erzielen gemeldet ist, an die kommunistische Fraktion das Verlangen gestellt worden ist, den von ihr benannten Kandidaten durch einen anderen zu ersetzen. Dem sei sie nachgegeben und habe die Reichstagsabgeordnete Frau Martha Arendsee nominiert. Andere Kandidaten seien nicht genannt worden. Dr. Steiniger habe erklärt, daß die Deutschnationalen für den Fall, daß die Sozialdemokraten eine Kandidatur aufstellen würden, ein gleiches tun würden. Von allen Fraktionen sei übrigens das Anrecht der Kommunisten auf diesen Posten anerkannt worden. — Hierauf wurde die Wahl vollzogen. Nach derselben gab das Bureau das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung zum Antrage Heiman bekannt. Ablehnung mit 91 gegen 88 Stimmen bei Ungültigkeit einer Stimme. Dörr verlangte angesichts der vorgekommenen und von ihm bekannt gemachten Unkorrektheit die Wiederholung der Abstimmung und die Aussetzung der weiteren Abstimmungen. Die Aussetzung wurde abgelehnt; in einfacher Abstimmung (der Antrag auf namentliche Abstimmung war zurückgezogen worden) wurde der zweite Teil

Ausstellung des Kronprinzenschmuckes in einem Museum mit 89 gegen 83 Stimmen angenommen! Unter unbeschreiblichem Lärm setzte man sich darüber auseinander, ob angesichts dieser sich widersprechenden Beschlußfassungen noch eine Gesamt-Abstimmung über den ganzen Antrag stattfinden sollte. Die Vornahme einer Gesamt-Abstimmung wurde abgelehnt. — Rummel verkündete das Bureau das Ergebnis der Stadtratswahl: Frau Wachenheim (Soz.) 67, Frau Kausler (Dnat.) 52, Herr Moser (Dem.) 39, Frau Arendsee 19; ungültige Stimmen 6. Die absolute Mehrheit ist nicht erreicht; nach der Geschäftsordnung kommen die vier Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl. — Dörr: Nur durch die Freigabe und Gemeinheit der Sozialdemokraten konnte dies Resultat zustande

kommen (Ordnungsruf). Die Sozialdemokraten waren zu feige, im Ausschuss ihren Kandidaten zu nennen. Redner ergeht sich in weiteren Schmähungen der Sozialdemokraten, bis ihm das Wort entzogen wird, weil er die für die Bemerkung zur Geschäftsordnung zulässigen fünf Minuten Redezeit überschritten hat. — Der zweite Wahlgang geht vor sich. Nach demselben nimmt Dörr abermals zur Geschäftsordnung das Wort, behauptet, daß am Vorstandstisch geflüstert kommunistische Wortmeldungen unterschlagen werden, und wendet sich abermals gegen die Freigabe und Hinterhältigkeit der Sozialdemokraten. Er wird mehrmals zur Ordnung gerufen. — Genosse Reimann: Wir übernehmen für unser Verhalten durchaus die Verantwortung. Wir lehnen es ab kommunistische Zukunftsarbeit zu leisten. Wir werden niemals die kommunistische Partei als die Vertreterin der werktätigen Bevölkerung anerkennen. — Im zweiten Wahlgang fielen von 176 gültigen Stimmen 67 auf Frau Wachenheim, 51 auf Frau Kausler, 40 auf Moser, 18 auf Frau Arendsee. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Frau Wachenheim und Frau Kausler.

Die Geschäftsordnungsdebatte wird von den Kommunisten Reichert und Frau Rosenthal in verwegener Tonart weitergeführt. Ein Antrag auf Schluß wird von den Kommunisten mit Anzweiflung der Beschlußfähigkeit beantwortet. Das Bureau stellt aber die Beschlußfähigkeit fest; die Geschäftsordnungsdebatte wird mit großer Mehrheit geschlossen. — Der Namensaufruf zur Stichwahl erfolgt. Nach 9 Uhr wird das Resultat verkündet: Von 176 Stimmen sind 30 ungültig; von den 146 gültigen Stimmen entfallen je 73 auf Frau Wachenheim und Frau Kausler. Nach der Geschäftsordnung entscheidet das Los, das der Vorsteher zu ziehen hat. Vorsteher Höß zieht das Los: es fällt auf Frau Kausler (Dnat.). Im ganzen Saale bricht stürmische anhaltende Heiterkeit aus.

Dörr verwahrte sich gegen die „elende Lüge“, daß Kommunisten für Frau Kausler gestimmt hätten. Genosse Reimann nahm diese „Entschuldigung“ mit dem Zusatz zur Kenntnis, daß die Kommunisten durch ihr Verhalten die Wahl der Frau Kausler ermöglicht haben. — Schluß 1/10 Uhr.

Der Mensch ist gut.

Am Wittenbergplatz, auf der Seite, die der Laurentzienstraße zugekehrt ist, steht ein Lastwagen, hochgeladen mit Grün. Man hat die Beete der Anlagen neu bepflanzt und nun die alten Blumen, blaue und gelbe Stiefmütterchen, herausgeworfen. Nun drängt sich um den Wagen das Publikum der Laurentzienstraße, elegante Frauen, Koketten, tadellos gekleidete Männer, dazwischen ein Student im schäbigen Anzug, Laufjungen, Hausmädchen, Geschäftsmädchen, die gerade auf Botengängen sind; alles bunt durcheinander. Und jeder mühlt nach Blumen, die noch frisch sind; manche haben schon ein dickes Bünd beisammen. Da streckt eine Dame ihren Strauß ein Stückchen von sich, um seine Wirkung zu erproben; dann sucht sie weiter. „Ach möchte nur ein paar blaue,“ sagt sie zu ihren Nachbar, einem Briefträger. Aus dem besonnenen Pflanzenberg steigt groß das Wort „Verbrüderung“ empor; alle, die so emsig um ihn herumdrängen, haben plötzlich gute Kindergesichter bekommen. Sicher, sie werden auseinandergehen, und wenn sie noch keine hundert Schritte entfernt sind, werden sie ihre Masken wieder haben; aber vielleicht ruft ihnen daheim ihr Stiefmütterchenstrauß doch für Augenblicke ein warmes Gefühl hervor, eine Erinnerung auch an die drei Männer, die lachend und rotgebrannt, mit aufgerollten Hemdärmeln daneben standen und jedem, der fragend guckte, zuriefen: „Suchen sie sich nur Blumen heraus!“

Könnte man doch öfter einen solchen Wagen unter die Menschen fahren!

„Sie haben sich nicht dabei gedacht.“

Wie wir seinerzeit berichteten, wurde Ende vorigen Monats der Chauffeur Erich Abraham, der um 6 1/2 Uhr nachmittags auf seinem Motorrad heimfuhr, durch einen quer über die Straße gespannten Draht am Hals und am Auge erheblich verletzt. Seine hinter ihm auf dem „Sozialstige“ mitfahrende Ehefrau wurde von dem Draht nicht berührt. Den Nachforschungen der Spandauer Kriminalpolizei ist es nun gelungen, die Attentäter zu ermitteln. Es handelt sich um drei Spandauer Schüler, die an dem fraglichen Nachmittag gemeinsam die Badeanstalt aufgesucht hatten und sich auf dem Heimwege befanden. Sie sahen von der den Weg begleitenden Telegraphenleitung einen Draht lose herunterhängen und spannten ihn, ohne sich die möglichen Folgen ihres Streiches klar zu machen, quer über die Straße. Der später diese Strecke entlangfahrende Chauffeur konnte in dem Dämmerlicht den Draht nicht rechtzeitig wahrnehmen und zog sich beim Berühren die Verletzungen zu. Die drei Schüler wurden zur Rede gestellt und gaben zu, den Draht gespannt zu haben. Alle drei bedauern aufrichtig die

Schnod.

Ein Roman von See und Sümpfen.

Von Svend Fleuron.

Sie wurde eingesperrt und rutschte schließlich in einer Pfütze hin und her. Hätte man nur noch einen Tag ausgehalten, so hätte man sie entdeckt; aber zu ihrem Glück trat Windstille ein — und als es mit ihr ganz aus zu sein schien, brach eines Nachts das in dem Nachbartümpel hochgestaute Wasser durch; und man war ebenso weit.

So kahlten die Leidenschaft und das Interesse sich ab. Wer sagte denn, daß es ein Krokodil war? Hatte irgend jemand es gesehen? War es nicht eher ein Otter ... denn an Lindwurm oder Drachen glaubte der Gemeinderat doch nicht!

Der muntere Sohn der Natur.

Er setzte rittlings über einige Stachelnadeln und holte sich eine Anzahl von Aufsichtern im Hofboden.

Das primitive Angelzeug, das über seinem Rücken baumelte, bestand aus einem alten Rührstiel mit einem Paar großer Spundspitzen von Bierfässern als Rorkschwimmer und einem Stück starken, selbstgedrehten Eisendraht als Angelvorlach. Der dicke Haken, der wohl für den Walfischfang gedacht war, war ein plumper Stahlhaken, den der Lehrling des Dorfschmiedes, der jetzt bald Gestelle wurde, einmal in seiner freien Zeit für ihn gemacht hatte — und die Stange eine kurze, dicke Bohnenstange.

Der gute Rasmus war durchaus kein Fischer mit nennenswerter Weisheit und Verstand!

In der Hand trug er eine alte, ausgebeulte Wasserkanne, in der seine Köderfische — einige Karaulen, die er mit Hilfe eines Weidenkorbes, den er als Schleppnetz benutzte, im Dorfweider gefangen hatte — sich befanden. Sie waren freilich nicht nach allen Regeln der Kunst behandelt worden, hatten nicht die Nacht in einem Rüber unter dem Wasserhahn zugebracht und hatten keine wohltuende Kühlung in den Riemen verspürt dadurch, daß von Zeit zu Zeit kleine Stückchen Eis in ihr laues Wasser gepumpt kamen. Rein, ein wenig Gras

und Schlamm auf dem Boden der Kanne waren alles, worin sie sich am Leben erhalten mußten.

Rasmus befühlte mehrere von ihnen und fand endlich eine, die eben mit dem Schwanz schlagen konnte. Aus alter Gewohnheit und in der Hoffnung, vom Glück begünstigt zu sein, spuckte er darauf.

Die Tümpel lagen blank und klar in der kühlen Septemberluft! Man blickte wie durch ein Vergrößerungsglas bis auf den Grund, wo braunschuppige Teichmuscheln und weißgeschnebelte Posthornschnecken durch Seegras und Wassermoose sichtbar wurden. Die ehemals so pflaumenblauen Rohrbüschel waren jetzt braun und kahl und in den Zöpfeln geworden, und alle Schwertlilien auf den Schilfländchen bebten unter dem Gewicht ihrer schweren, gefüllten Fruchtstände.

Rasmus beulte sich, die Schnur klarzumachen und ging da hinaus.

Autsch! schrie eine Bekassine, sowie er einen Fuß ins Moor setzte — und kurz darauf störte er noch sechs, acht weitere auf; in sich überschlagendem Zickzack schwirrten sie über das Schlammgestrüpp, um dann plötzlich in steilen Bogenwindungen in die Lüfte zu steigen. Interessiert verfolgte er die schnellen Flieger mit den Augen, sah, wie sie mit solchen Flügeln draußlos schlugen und das Moor umschwärzten, bis eine nach der anderen ausbrach und im Sturzfluge stumm verschwand.

Am Ende eines Endwalles, der sich wie etne verkürzte Landzunge in einen der Torfgräben hineinschob, versuchte er einen Wurf und stand eine Weile wartend da, aber da die Karaulen ein Loch gefunden hatte, in dem sie sich verbarg, und der große Spundförschwimmer still dalag, zog er ihn herauf und suchte, den „Rührstiel“ in den gestreckten Armen haltend, nach einer neuen Wurfstelle.

Er geriet in große Dichte von Spierstauden und wilden Himbeeren. Spätblühende blaue Bergheumel nicht umschmeicheln seinen Fuß. Er pflückte eine Blüte und roch daran — und warf sie fort; das Geräusch von einem gewaltigen Hechsprung war an sein Ohr gedrungen!

Ueber einen Steg balancierte er auf eine kleine Insel,

die für sich allein lag und in der Entengröße schwamm. Das Brett schwankte heftig unter seinen Schritten, und die Insel sank furchterregend unter seinem Gewicht; aber sie hatte ja schon früher Menschen getragen, wie er festgestellt — und nun war er angelangt! Ein üppiger Sumpfwidenstrauch wuchs mitten auf der Insel und ein violett-schimmernder Weiderich schoß ins Kraut...

Schnod stand in einem flachen, sandigen Bief, unter einem großen Büschel Schachtelhalm verborgen. Eine fette, ermattete Karaulen schwamm halb, halb trieb sie im offenen Wasser vor ihr. Wäre sie nicht im Moore gewesen mit seiner fargen Kost, wäre ihr übel geworden, wenn sie das Ras betrachten hätte; nun nahm sie sie dankbar an und rann ihre mächtigen Rachen so gierig über sie hin, daß sie sie sofort verschluckte und einen großen Stahlhaken mit in den Magen-jack bekam.

Einen Augenblick lang war es ihr mit diesem Rundvoell unbedequem zumute; sie schlen die schlaffe Dredmasse in den falschen Hals bekommen zu haben — nun wohl, so wollte sie sie wieder hochrülpsen!

Sie konnte aber nicht — und außerdem war da ein dicker Stengel, anscheinend von einer Wasserlilie, der ihr dauernd im Halse kichelte. Sie wollte den Stengel auspeien, aber da merkte sie, daß er in einem Büschel Schilf festgewurzelt war.

Papperlapapp dachte Schnod und setzte Schwung in die Flossen und Tempo in den Schwanz, denn nun wollte sie heraus aus dem dumpfen Winkel. Sie biß den Schnabel zusammen und kurbelte an ... die Schachtelhalm zerknickten und die Schilfstengel neigten sich, wo sie hervorbrach ... alles schaukelte: Ufer und Bief und Rohr und Insel; dem Knaben schien es, als wühle eine Sau unter Wasser.

Die leidenschaftlichen Fischer im Regenzeug und mit der himmelblauen Stange, mit der seidenen Schnur und der schnurrenden Spindel hatten niemals das Glück gehabt, dieses Ungeheuer zu fangen; jetzt kam der kleine Rasmus mit seiner Bohnenstange, seinem stählernen Haken und seinem Luderseil. Und die Geräte hielten stand!

(Schluß folgt.)

Aus den Bezirken.

5. Bezirk — Friedrichshain.

In der Kreisvertreterversammlung vom 10. Juni gab der 1. Vorsitzende, Genosse Buchmann, den Jahresbericht. Er betonte, daß durch die aufeinander folgenden Wahlen die eigentliche Parteiarbeit, die Organisation und der Aufbau und Ausbau der Organisation, zu kurz gekommen sei. 174 „Vorwärts“-Abonnenten seien durch die Agitation gewonnen worden, desgleichen bewege sich die Mitgliederzahl in aufsteigender Linie. Sozialdemokratische Wähler haben wir von Jahr zu Jahr mehr erhalten, während es mit der SPD, im selben Maße abwärts ging. Die Klassenverhältnisse des Kreises seien gut. Die Frauenbewegung gehe ebenfalls vorwärts. Brachte doch eine einzige Agitation 34 Neuaufnahmen. Die Bildungsarbeit hatte stark unter den wirtschaftlichen Nöten der Arbeiter zu leiden. Vor allem mühte sich der „Büchereis“ mehr Propaganda entfalten zu lassen. Die Jugendbewegung entwickelt sich im Kreise sehr günstig. Von vier Gruppen mußte auf sechs übergegangen werden. Ein neu gegründeter Chor der Jugendlichen läßt Gutes erwarten. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Elternräte wurde durch die vielen Wahlen beeinträchtigt. Trotzdem leisteten verschiedene Schulen gute Arbeit. In der Beamtenschaft ist ein gewisser Stillstand eingetreten, der durch intensiver Arbeit der Beamtenschaft behoben werden soll. Der Bericht der Bezirksverordnetenfraktion wurde für eine besondere Kreisversammlung zurückgestellt. Genosse Buchner berichtete aus der Pressekommission.

In der Aussprache beteiligten sich die Genossen Jonas, Jaser, Schücker und Schlienz. In der Wahl zum Kreisvorstand wurden die Genossen Buchmann und Bohz zu Kreisvorsitzenden, Sey zum Kreisstellvertreter, Blenz zum Schriftführer und Genosse Buchner in die Pressekommission gewählt.

6. Bezirk — Kreuzberg.

Am 6. Juni hielt der 6. Kreis seine Delegiertenversammlung ab, in der vom Genossen Schweikardt der Vorstandsbericht gegeben wurde. Er führte darin aus, daß das vergangene Jahr ein Kampfsjahr war, wie es selten in der Parteigeschichte zu verzeichnen ist. Bei den Wahlen im Dezember 1924 und März 1925 war es uns möglich, unsere Stimmenzahl um 52 bzw. 58 Proz. zu steigern. Den Wahlarbeiten haben sich unsere Genossen gern und freudig unterzogen. Wiederholt wurden im Kreis Werbeaktionen unternommen, die gute Erfolge brachten. Dem Bildungswesen wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In mehreren Kreisen war den Genossen Gelegenheit gegeben, ihr Wissen zu bereichern. Die im Kreis bestehenden Kommissionen haben gut gearbeitet. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Leistung ihre Schuldigkeit getan habe und der Wunsch ausgesprochen, daß die Genossen mehr als bisher ihre Frauen der Partei als Mitglieder zuführen möchten. Einstimmig wurden gewählt als 1. Vorsitzender Hermann Schweikardt, 2. Vorsitzender Karl Litke, Schriftführer August Rosenberg, Kassierer Robert Boigt, Pressekommission Dittmer.

14. Bezirk — Neukölln.

Die katastrophalen Zustände während der Wassernot und das Vergehen der Charlottenburger Wasserwerke kamen in der Neuköllner Bezirksversammlung durch eine Anfrage unserer Fraktion zur Sprache. Genosse Gutschmidt zeigte an Hand zahlreicher Tatsachenmaterials, wie die Charlottenburger Werke über ein Drittel ihrer Einnahmen an die Aktionäre verteilen, während sie zur Verbesserung der Anlagen nur ganz geringe Beiträge einsetzten. Scharf geißelte er die siedlungsfeindliche Politik der Wasserwerke, die nicht nur Verbindungsrohre und Wasserleitungen, sondern sogar Anlagen von Hydranten von den Siedlern verlangen. Gen. Gutschmidt wandte sich dann gegen den Inhalt des unter „P. W.“ im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikels (gemeint ist der demokratische Stadtorbitor Dr. Paul Michaelis), der ja seit Monaten gegen die Kommunalwirtschaft schreibt. Hoffentlich haben er und seine politischen Freunde nun endlich eingesehen, daß nur die von der Stadt geleiteten Betriebe in der Lage sind, die Bevölkerung ausreichend und billig mit Wasser zu versorgen. Solche Zustände dürfen in Neukölln mit seinen Wietstajernen und alten Häusern nicht wieder vorkommen, wenn nicht das Leben und die Gesundheit der Bewohner unübersehbar Schaden erleiden soll. Wandel kann nur geschaffen werden, wenn die Kommunalisierung auch der Charlottenburger Wasserwerke durchgeführt wird. Der Vertreter des Bezirksamts, Stadtrat Lucke, gab der Versammlung einige „Kostproben“ aus dem Vertrage der Stadt Neukölln mit den Charlottenburger Wasserwerken. Entgegenstande da selbst die ganz unentwegten Anhänger der Privatwirtschaft. Der Vertrag hat einen Paragraphen, der verdient der breitesten Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Es heißt da:

„Genügen die Anlagen der Gesellschaft zur hinreichenden Versorgung der Gemeinde und Entnehmer mit Wasser nicht mehr und werden nicht binnen Jahresfrist nach gegebener Aufforderung Verbesserungen zur Abhilfe der Mängel getroffen, so steht, unbeschadet des § 3 Abs. 2 und des § 13, der Gemeinde das Recht zu, vom Vertrage zurückzutreten. Die Gesellschaft soll aber in diesem Falle nicht verpflichtet sein, ihre Leitungsröhren zu entfernen, oder auf die weitere Wasserabgabe zu verzichten; sie bleibt vielmehr bis zum Ablauf des Vertrages berechtigt, denjenigen Wasserabnehmern, welche es noch wünschen, auch ferner Wasser zu liefern.“

Ein feiner Vertrag, den die damalige bürgerliche Mehrheit im Stadtorbitorparlament schloß. Ja, jene Mehrheit war sogar so kurzichtig, den Vertrag, der erst 1937 abläuft, bereits am 1. Oktober 1910, also 27 Jahre vorher, bis zum 1. Oktober 1937 zu verlängern. So sah die „Kommunalpolitik“ jener Stadtorbitorordneten aus. Jetzt machen die Wasserwerke sogar noch die Gemeinden Wilmersdorf und Steglitz, die keinen neuen Vertrag mit ihnen abgeschlossen haben, verantwortlich für die Wassernot. In der letzten Aufsichtsratsitzung hat man diesen Gedanken nach der „Börsen-

Zeitung“ Nr. 282 tatsächlich ausgesprochen. Das ist noch Schaden nach der Spott. Trotz alledem fand sich noch ein Verteidiger in dem Wirtschaftsparteiler, Bezirksverordneten Reyerhof, der pathetisch ausrief: „Konnten Sie (zu den Sozialdemokraten) vielleicht wissen, ob die große Hitze kommt?“ Das konnten auch die Berliner Werke nicht wissen und doch waren sie in der Lage, sogar nach Wasser an die Privatgesellschaft abzugeben. Dieser Herr fand sogar den Wasserpreis der Charlottenburger Werke nicht zu hoch. Er ging natürlich davon aus, was in einem Häuserblock an Wasser gebraucht wird und rechnete dann bei einigen hundert Kubikmetern 18 Pf. heraus. Dann müßten die vielen Steuern noch bezahlt werden, die die städtischen Werke nicht aufzubringen

Sonntagsfest in den Gofener Bergen

am Sonnabend, den 20. und Sonntag, den 21. Juni 1925.



Nachfeier, 20. Juni, 11 1/2 Uhr nachts: Hornruf. — Sängerköre. — Sprechkäre. — Symbolisches Spiel der Verbrüderung am brennenden Holzstoß: „Grenzlose Erde“ von Max Barthel, ausgeführt von der arbeitenden Jugend.

Morgenfeier, 21. Juni, vormittags 11 Uhr: Orchestermusik. — Sängerköre. — Rezitationen. — Sprechkäre.

Nachmittagsfeier, nachm. 3 Uhr: Orchestermusik. — Sängerköre. — Gymnastische Übungen für alle. — Festspiele. — Puppentheater.

Mitwirkende: Orchester des Deutschen Opernhauses (Dirigent Reuß), Erwachsenen- und Jugendchöre des Arbeiter-Sängerbundes, Künstler des Theaters der Freien Volksbühne, Sprecher für Proletarische Kultur (Leitung: Albert Jirovich), Arbeiter-Sportklub, Alfred Deterle (Regulation).

Künstlerische Leitung der Festspiele: Ernst Eastoway — Regie: Ernst Raben

Preis pro Karte 0,50 Mk.
zu haben in allen Gewerkschaftsbüros, in der Gewerkschaftskommission und in den Ortsstellen der Freien Volksbühne, in den Zahlstellen der Freien Volksbühne, Jugendsekretariat Lindenstr. 3, 2. Hof, II, Erziehungsverein der Kinderfreunde, Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß, Seebadstr. 17/18, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2 bei den Obleitern der Bildungsausschüsse, im Bezirksbildungsausschuss Lindenstraße 3, 2. Hof, II, Zimmer 8, und überall da, wo Plakate aushängen.

brauchten, und da käme auch nicht mehr wie 15 Pf. heraus. Dieses Rechnungsbuch mußte selbst den Vertretern der bürgerlichen Vereinigung, Buchholz, in die Knochen gefahren sein, denn er verlangte vom Bezirksamt energische Schritte zur Verbilligung und besseren Wasserlieferung. Dr. Michaelis verteidigte „seine“ Kommunalpolitik im „Berliner Tageblatt“ und bekannte sich zum Verfasser eines Antrages auf dem Preussischen Städtetage, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die Verkehrs-, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsbetriebe in die Hand der Gemeinden gehören. Sehr schön; aber fünf Minuten später stimmte er selbst gegen den kommunalistischen Antrag auf Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke. Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit einer Anfrage aller Parteien, die die Verhinderung der Hasenheide betraf. Sehr soll diese Hiesstraße auf einmal dem Verkehr nicht mehr genügen, sondern soll auf der Neuköllner Seite durch Befestigung der Bäume und Vorgärten verbreitert werden. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß durch den Ausbau der Untergrundbahn mehrere Straßenbahnlinien weiter durch die breitere Urbanstraße geführt werden können, wo die Kaiser-Friedrich-Straße eine schöne Ausfallstraße abgibt. Das entlastet denn die viel zu schmale Berliner Straße. Der Verkehr nach der Hermannstraße kann durch Umgehung der Hasenheide sehr gut durch Ausbau der Bangsiedlerstraße bewältigt werden. Dadurch würde sogar der Hermannsplatz nicht unweilentlich entlastet. Unter keinen Umständen darf die Hasenheide verschandelt werden. Eine entsprechende Protestresolution fand einstimmige Billigung und soll an den Berliner Magistrat weitergeleitet werden.

20 Jahre Säuglingsfürsorge in Charlottenburg.

Die Säuglingsfürsorge in Charlottenburg konnte am 15. Juni d. J. auf ein 20jähriges erfolgreiches Bestehen zurückblicken. Die Tätigkeit hat sich seit der Errichtung der ersten 4 Fürsorgestellen im Jahre 1905 derart gesteigert, daß in den Jahren 1908, 1909 und 1913 noch weitere 3 Stellen eröffnet werden mußten. Galt doch als oberster Grundsatz, möglichst vielen Säuglingen, und möglichst lange Zeit die Einrichtungen zu gute kommen zu lassen, und der Bevölkerung ihre Benutzung so leicht wie irgend möglich zu machen. Seit dem 1. April 1911 wurde jeder Fürsorgestelle eine Wochen-sprechstunde für Kleinkinder (vom 1. bis 6. Lebensjahre) angegliedert. Der Zuspruch steigerte sich auch hier — namentlich als die Teuerung im zweiten Halbjahr 1923 den Gesundheitszustand der Kleinkinder besonders gefährdete, ganz erheblich, so daß in der in der dichtbevölkerten Gegend belegenen Fürsorgestelle noch eine zweite Wochen-sprechstunde eingerichtet werden mußte. Die Fürsorge erstreckt sich im wesentlichen auf die regelmäßige ärztliche Beratung, insbesondere der Überwachung der Ernährung, und Hausbesuche durch die Schwestern, sowie auf Gewährung der Milchzubereitung, von Nährpräparaten und Kräftigungsmitteln an Kinderbetreuer. Bei gänzlich Unbemittelten erfolgt die Abgabe unentgeltlich. Ganz besonders verdient hervorgehoben zu werden die Abgabe von frischer, aus hiesigen Anstalten gelieferter, einwandfreier Kuhmilch für Säuglinge, wofür jeder Fürsorgestelle noch eine besondere Milchabgabestelle angegliedert ist. Die umfangreiche und mühevollste Arbeit, die hierbei geleistet werden muß, erweist ihre Notwendigkeit durch ihre Erfolge. Des weiteren waren auch die für Säuglinge erwerbsfähiger Mütter eingerichteten 2 Krippen mit je 15 Betten dauernd voll belegt. Es muß auch künftig angestrebt werden, möglichst alle Säuglinge und Kleinkinder Charlottenburgs

durch die Fürsorge zu erfassen, und daher muß immer wieder allen Müttern ans Herz gelegt werden, ihre Säuglinge und Kleinkinder frühzeitig und möglichst oft, der nächstgelegenen Fürsorgestelle vorzustellen. Die Sprechstunden finden unentgeltlich statt in der Säuglingsfürsorgestelle I, Berliner Str. 137; Dienstag, Freitag, Sonnabend von 2—3 Uhr nachm. für Säuglinge und Mittwoch von 2—3 Uhr nachm. für Kleinkinder; in der Säuglingsfürsorgestelle II, Schillerstr. 37/38; Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag von 2—3 Uhr nachm. für Säuglinge und Dienstag von 2—3 Uhr nachm. für Kleinkinder; in der Säuglingsfürsorgestelle III, Rixplatz 5a; Dienstag, Donnerstag, Sonnabend von 2—3 Uhr nachm. für Säuglinge und Montag und Freitag von 2—3 Uhr für Kleinkinder; in der Säuglingsfürsorgestelle IV, Kehringsstr. 11; Montag, Mittwoch, Freitag von 1—2 Uhr nachm. für Säuglinge und Dienstag von 1—2 Uhr nachm. für Kleinkinder; in der Säuglingsfürsorgestelle V, Kaiserin-Augusta-Allee 102; Montag, Mittwoch, Freitag von 2—3 Uhr nachm. für Säuglinge und Dienstag von 2—3 Uhr nachm. für Kleinkinder; Säuglingsfürsorgestelle VI, Frankstr. 3; Dienstag und Freitag von 2—3 Uhr nachm. für Säuglinge und Mittwoch von 2—3 Uhr nachm. für Kleinkinder; Säuglingsfürsorgestelle VII, Horstweg 28; Montag, Mittwoch, Freitag von 2—3 Uhr nachm. für Säuglinge und Donnerstag von 2—3 Uhr nachm. für Kleinkinder.

Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Am ersten Tage der am 9. und 10. dieses Monats in Stuttgart abgehaltenen Tagung der Vereinigung Deutscher Wohnungsämter hielt Direktor Bild vom Städtischen Zentralamt für Wohnungswesen in Berlin einen Vortrag über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Er fasste den Inhalt seines Referats zum Schluß in folgenden Sätzen zusammen:

1. Die durch den Krieg und seine Folgen hervorgerufene Wohnungsnot besteht zurzeit zwar in gemildertem, gleichwohl aber immer noch in ungeheurem Umfange fort.
 2. Während der Dauer der Wohnungsnot sind die Maßnahmen der Wohnungszwangswirtschaft nicht zu entbehren.
 3. Durch die Wohnungszwangswirtschaft kann die Wohnungsnot nicht beseitigt werden, wohl aber werden dadurch ihre schlimmsten Auswirkungen und Folgen verhütet oder gemildert.
 4. Beseitigt werden kann die Wohnungsnot nur durch ausreichende Neubautätigkeit, wobei die Erhaltung der Altwohnungen nicht aus dem Auge zu lassen ist.
 5. Die Neubautätigkeit wird durch die Wohnungszwangswirtschaft in keiner Weise beeinträchtigt. Sie kann in ausreichendem Umfange jedoch erst dann wieder einsetzen, wenn die hierzu erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen befriedigend gelöst worden sind.
 6. Die Wohnungszwangswirtschaft ist gemäß der durch die Neubautätigkeit hervorgerufenen Steigerung des Angebots an Wohnungen planmäßig weiter abzubauen; die Abbaumaßnahmen sind den örtlichen Verhältnissen anzupassen.
 7. Schon jetzt kann dort, wo die örtlichen Verhältnisse dies zulassen, die eigentliche Wohnungszwangswirtschaft (Wohnungsmangel-gesetz) völlig aufgehoben werden bei möblierten Zimmern, die keine selbständige Wohnung darstellen, und bei rein gewerblichen Räumen. Ferner kann von der Inanspruchnahme von Wohnungen aus dem Geschäftspunkt der Übergröße abgesehen werden, wenn dem Aufwand entsprechende Erfolge durch diese Art der Inanspruchnahme heute nicht mehr zu erwarten sind.
 8. Im Interesse des Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft ist die Möglichkeit der Anordnung einer Erfahrungsstellung (§ 26 des Mietvertragsgesetzes) durch Änderung des Gesetzes auf das alleräußerste Maß zu beschränken; für die Fälle des § 2 des Mietvertragsgesetzes und des gerichtlichen Vergleiches ist sie überhaupt nicht zuzulassen.
- Mit dem Wunsche, daß ein weiterer planmäßiger Abbau der Wohnungszwangswirtschaft diesen allmählich die Möglichkeit geben möge, sich den Aufgaben wieder zuzuwenden, die ihnen schon vor Eintritt der Wohnungsnot zugewiesen waren, nämlich den Aufgaben der Wohnungsaufsicht und -pflege, schloß der Vortragende seine Ausführungen.
- In diesen Zeitfragen betont Herr Direktor Bild, daß er den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft nur entsprechend der durch Neubautätigkeit erreichten Steigerung des Wohnungsangebotes durchgeführt sehen möchte. Trotzdem werden seine Darlegungen und Forderungen, fürchten wir, auf die Segner der Wohnungszwangswirtschaft wie eine Stimmungsmache gegen die Wohnungszwangswirtschaft wirken und sie in ihrem Sturmlauf gegen den Mieterchutz bestärken.

Mieteroblaste und Wohnungsbauprogramm.

In einer gut besuchten Versammlung der Abteilungsleiteroblaste der Partei im Gewerkschaftshaus wurde kürzlich nach einem Referat des Gen. Ruben über das Wohnungsprogramm der Reichstags- und Landtagsfraktion einstimmig ein Antrag angenommen, auch für Berlin ein auf eine längere Zeit eingestelltes Wohnungsbauprogramm aufzustellen. Die Versammlung sprach sich dafür aus, hierbei den Flachbau zu bevorzugen, da sonst lediglich den wirtschaftlichen Interessen der Terrain- und Bauspekulation vorgezogen würde. Vor allem sollte auch die Partei darauf dringen, daß die Bauhütten mehr als bisher zum Bau der Wohnungen herangezogen würden. Ferner wurde verlangt, daß das unbedeutende Hintergelände hinter den Häusern am Hermannsplatz zugunsten des Bezirks Kreuzberg enteignet und zum Wohnungsbau verwendet werden sollte. Ferner wurde die Stadtorbitorfraktion ersucht, dem weiteren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Abteilungsleiteroblaste begrüßte den Vorschlag, mit der Gewerkschaftskommission und den Bau-genossenschaften hand in Hand bei der Aufstellung dieses Wohnungsprogramms zu arbeiten, und beauftragte den Ausschuss, als Vertreter der Partei an diesen Verhandlungen teilzunehmen. Gleichzeitig wurde in der Versammlung die sachgemäße Neuwahl des Ausschusses vorgenommen. Es wurden die Genossen

Betrifft
BATSCHARI



Das Ergebnis des Damenurteils über TUFUMA

Das Preisgericht konnte endlich unter den vielen tausend Bewerbungen die 10 Preisträgerinnen bestimmen, welche als Batscharigäste in Baden-Baden erwartet werden. Ausserdem wurde beschlossen, noch eine Anzahl von Trostpreisen in Form von Tufumacigaretten zu verteilen. Die Namen der Preisträgerinnen werden nur auf besondere Anfrage den Mitbewerberinnen mitgeteilt. Die Rücksendung der Bilder der Nichtprämierten ist im Gange.

Störenfriede des Reiches.

Anklagen gegen Bayern und Thüringen im Reichstag.

Der Reichstag legte gestern die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern fort, bei dem noch die Kapitel Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Nothilfe zu debattieren sind. Mit dieser Beratung wird verbunden ein Antrag Müller-Franken, der sich mit dem bayerischen Ausnahmegesetz beschäftigt.

Abg. Vogel (Soz.)

befpricht die Zustände, die sich bei der Handhabung der Ausnahmebestimmungen in Bayern herausstellen. Besonders die Organisationen der Arbeiter und das Reichsbanner werden mit Verboten und polizeilichen Schikanen bedacht. So wollte das Reichsbanner am 7. Juni in Bayreuth eine Fahnenweihe veranstalten. Der geschlossene Anmarsch der Vereine wurde von der Kreisregierung Oberbayerns mit der Begründung abgelehnt, das Reichsbanner sei eine politische Organisation, der Straßen und öffentliche Plätze nicht zur Verfügung gestellt werden dürften. Das Innenministerium hat auf Beschwerde die teilweise Genehmigung erteilt. Nunmehr mußte der Marsch ohne Musik und ohne Banner erfolgen, es durften keine Pfeife geblasen werden. Für eine Gefallenfeier auf dem Friedhof wurde die Anzahl der Teilnehmer auf 8 Personen beschränkt. Das Tragen der Bundesstrafe wurde verboten. Das Fest selbst verlief reibungslos, nur am Abend, als durch den Wind eine schwarzrothgoldene Fahne entrollt wurde, verübte die Polizei einen regelrechten Ueberfall, bei dem selbst wirtlose Frauen attackiert wurden. Hätte irgendein Provokateur einen Schuß abgegeben, so wäre bei dieser Gelegenheit das größte Unheil entfallen. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Veranstaltungen der Republikaner und der Arbeiter reibungslos verlaufen, wenn die Polizei sich nicht um sie kümmert. Nur dann kommt es zu Zusammenstößen, wenn die Polizei eingreift, weil eben die Polizei auf die Massenpsychik noch immer nicht eingestellt ist. Häufig entstehen solche Zusammenstöße geradezu durch polizeiliche Provokationen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Bayreuth ist am gleichen Tage ein Trupp junger Leute durch die Straßen marschiert mit entrollten Hakenkreuzfahnen, ohne daß die Polizei sich darum kümmerte. Es geht häufig so weit, daß die Polizei den geschlossenen Anmarsch des Reichsbanners bei der Beerdigung gestorbener Kameraden verbietet. Der Redner erwähnt verschiedene Fälle, in denen sich dieser kleinliche Polizeigeist zeigte. So wollte der Sozialdemokratische Verein in Northeim eine Fahnenweihe veranstalten, die mit dem in Bayern nun einmal üblichen Frühschoppen eingeleitet wurde. Die Polizei hatte gegen diesen Frühschoppen zwar kein Bedenken. Da man aber von der Straße aus durch den Zaun in den Garten sehen konnte, so sollte keine Fahne gezeigt, kein Abzeichen getragen werden, durch das die Feier zu einer politischen Demonstration werden könnte. Auch das Abhängen von Liedern wurde verboten. In demselben Orte wurde eine Feier des Landbundes verboten, weil die Polizei ihn als einen politischen Verein bezeichnete. Das Ministerium des Innern erteilte die Genehmigung, da der Landbund keine politische, sondern eine wirtschaftliche Organisation sei. (Hört, hört!) Dafür hat der Landbund auf dieser Veranstaltung um so mehr gegen die Republik gehetzt.

Am Schnellzug geht die Polizeidirektion Nürnbergs vor, die Herren Marx und Kroll haben das am eigenen Leibe gespürt. Die Nürnberger Polizei hat es nicht für notwendig befunden, die beiden Herren gegen die Stundenlangen Befestigungen durch Wöllische zu schützen. In der Versammlung, in der sie redeten, verübte ein wöllischer Haufe den schlimmsten Terror, und es dauerte sehr lange, bis die Polizei es für notwendig fand, hier einzugreifen. In Fürth ist es verboten worden, ein Hoch auf den Oberbürgermeister Suppe auszubringen. Kein Wunder, daß dieser Geist auch auf die unteren Polizeiorgane übergreift. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß bei Gelegenheit des Arbeiterlängertreffes in Nürnberg

eine schwarzrothgoldene Fahne durch einen Wachtmeister der Landespolizei verbrannt

wurde. Dem Reichsbanner hat man die Führung des von der Organisation in ganz Deutschland gebrauchten Stempels verboten, weil er den Reichsadler zeigt. Auch das Altschnee des Reichsbanners für seine Inserate darf bei Geldstrafe nicht gedruckt werden. (Hört, hört!) In neuerer Zeit geht die Polizei auch gegen Turn- und Sportorganisationen der Arbeiter vor. Es wird von ihnen gefordert, daß sie ihre Mitgliederlisten einreichen, soweit sie sich auf Schüler beziehen. Die Teilnahme an den Veranstaltungen wird den Schülern unteragt, weil diese Organisationen angeblich politisch seien. Ein Bezirksamt hat sogar behauptet, daß die Teilnahme der Schüler an den Übungen der Arbeiterport- und Turnvereine sich nicht mit der christlichen Bekenntnisschule vereinbaren lasse. Als ob Turnen und Sport gegen irgendein Bekenntnis verstoßen könnten. Hier wird die Förderung der Körperpflege verlangt, draußen aber unterblendet sie der kleinliche Polizeigeist. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Nürnberg wurde eine Versammlung der Friedensgesellschaft, in der General Schoen-aich sprechen sollte, mit der Begründung verboten, daß durch sie eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei. Bei der letzten Präsidentenwahl wurden zwei Plakate der Sozialdemokratischen Partei, die in ganz Deutschland angehängt waren, in Bayern verboten.

Auf einer Einladung zu einer Kundgebung für die Republik wurden zwei Sätze gestrichen, in denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, durch Massenbesuch zu beweisen, daß sie treu zur Republik stehe, die Verfassung schütze, für Einheit und Freiheit kämpfen wolle. (Hört, hört! bei den Soz.)

Auf einem anderen Einladungszettel wurde von der Polizei der Satz gestrichen: Hoch die Republik! (Hört, hört!) Flugblätter zu den Wahlen können wir fast überhaupt nicht mehr verbreiten. So wurde bei der letzten Reichstagswahl die Verbreitung des Flugblattes mit der Ueberschrift „Arbeitende Schwester“ im Gegensatz zum übrigen Deutschland in sämtlichen bayerischen Bezirken verboten, weil dadurch der Gegensatz zwischen Stadt und Land verschärft werden könne. (Stürmische Heiterkeit.) Alles das deutet die bayerische Regierung, die doch angeblich so national denkt. Sie deutet das Unrecht, das gerade den Verfassungsfeindigen angetan wird. Es scheint so, als wenn es darauf abgesehen sei, dem ärmsten, aber dem treuesten Sohne des Vaterlandes die Treue zur Republik zu rauben. Der Redner zeigt ein Bild von der bayerisch-badischen Grenze. Auf der einen Seite sieht man das Wappen der Republik Baden, auf der anderen Seite das Wappen des Königreichs Bayern, trotzdem hier schon seit 7 Jahren die Republik besteht. Am letzten Sonnabend hat sich die bayerische Regierung im Landtag gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes ausgesprochen, sie wurde dann auch abgelehnt.

Der Reichstag hat nunmehr die Pflicht, von sich aus diese Schande außer Kurs zu setzen, deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Dryander (Dnat.) fordert, daß die Reichsgewalt Einfluß auf die Handhabung der Polizeigewalt in den Ländern hat, schon um die erforderliche Einheitlichkeit in diesen bewegten Zeiten herzustellen. Zur Durchführung dieser Aufgabe gehöre es, daß das Verbandsunwesen in der Polizei beseitigt werde. (Sehr richtig! rechts.) Man müsse der Schutzpolizei, wie die politische Auffassung des einzelnen auch sei, für ihre guten Dienste Dank sagen, und diesen Dank sich auch auswirken lassen in der Unterstützung ihrer Wünsche auf Besoldungs- und Beförderungserweiterung. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Eichhorn (Komm.) betont unter lebhaftem Hört, hört! der Linken, daß im Gegensatz zu den Versicherungen des Abg. Dryander die Deutschnationalen in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages sich gegen die Erhöhung der Beamtegehälter ausgesprochen hätten. Der Redner fordert u. a. Entwaffnung der Schutzpolizei, Aufhebung der Kasernierung und Beseitigung des Schutzpolizeigesetzes. (Beifall links.)

Abg. Berndt (Dnat.) tritt für Beibehaltung der Technischen Nothilfe ein.

Staatssekretär Zweigert dankt dem Redner für seine warmen Worte für die Teno und bittet, die im Haushaltsausschuß vorgenommene Streichung eines Teils der Mittel für die Teno nicht zu genehmigen. Zu dem sozialdemokratischen Antrag wegen des bayerischen Ausnahmezustandes erklärt der Redner, daß die Regierung noch nicht in der Lage gewesen sei, sich deswegen mit der bayerischen Regierung in Verhandlung zu setzen. Die Regierung behalte sich daher ihre Stellungnahme zu dem Antrag noch vor.

Abg. Jabsch (Komm.) nennt die Technische Nothilfe eine Organisation von Verbrechern an dem arbeitenden Volke. (Vizepräsident Kleber rüft den Ausdruck „Verbrecher“.) Der Redner erklärt, er könne die Richtigkeit dieses Ausdruckes, wenigstens für seine Heimat Oberschlesien, beweisen und zählt dann einige Fälle auf, in denen in Streikfällen die Technische Nothilfe die Arbeiter, die Nothstandsarbeiten verrichten wollten, aus den Betrieben gejagt habe, manchmal auch mit Hilfe der Polizei. Weiter weist der Redner unter lebhaftem Hört, hört! auf den Kommunismus auf Vorkommnisse hin, in denen Mitglieder der Teno Reichsgelder in größerem Umfang unterschlagen haben.

Abg. Groß (S.) wünscht, daß die Länderhoheit in Fragen der Polizei nicht geschmälert wird. Die Technische Nothilfe könne nach den heutigen Verhältnissen noch nicht ganz beseitigt werden. Die Teno dürfe aber keine Organisation der Arbeitgeber sein, wenn sie von Mitteln des Reiches, also der Steuerzahler, getragen werde. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dann tritt der Redner für den Antrag seiner Partei ein, aus den Staatsmitteln für die Teno 687 000 Mark zu streichen, und für den, einen parlamentarischen Ausschuss einzusetzen, dem die Teno Rechenschaft über ihre Tätigkeit abgeben soll. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Rönneburg (Dem.) betont, daß auch die Demokraten auf dem Standpunkte ständen, daß in Bayern gegenüber den politischen Gruppen nicht mit gleichem Maße gemessen werde.

Die Demokraten würden daher bei der Beratung im Rechtsausschuß für den sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung des bayerischen Ausnahmezustandes stimmen.

Die Technische Nothilfe könne zwar im Augenblick noch nicht beseitigt, wohl aber allmählich abgebaut werden. Hierfür hätten die Demokraten einen Antrag eingebracht. Solange die Teno aber noch bestehe, dürfe sie keineswegs wohlhabendste Interessen der Arbeiter verletzen und dürfe sich nicht so einseitig politisch einstellen. Den Zentrumsantrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Betratts für die Teno lehnt der Redner ab.

Abg. Dietrich-Thüringen (Soz.)

wendet sich gegen die Behauptung des Staatssekretärs, daß die Zusammenarbeit der Reichsregierung mit den Ländern immer gut gewesen sei. Er schildert die Zustände, die durch das Eingreifen des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung in Thüringen im Jahre 1923 geschaffen wurden. Damals hatte es schon genügt, daß eine Deputation aus Thüringen gegen die sozialdemokratische Regierung in Thüringen Beschwerden vorbrachte, um den Reichskommissar zu veranlassen, Reichswehr nach Thüringen zu schicken. Als sogar die Deputation dagegen Bedenken äußerte, erklärte der Reichskommissar, dann würde er die Truppenübungsplätze in Thüringen mit Reichswehr besetzen. Das ist denn auch geschehen. Man hat aber nichts davon gemerkt, daß der Reichskommissar mit der gleichen Entschiedenheit gegen Bayern eingeschritten ist, als dort im Herbst 1923 die wöllische Diktatur vorbereitet wurde. Als das thüringische Innenministerium die wöllischen Militärverbände an der Grenze abfangen wollte, die nach den Aussagen von Beteiligten nach Berlin zu marschieren beabsichtigten, habe der Reichskommissar und General Hoffe das verhindert. Nachdem die Besetzung des Landes mit Reichswehr erfolgt war, hat man sich erst bemüht, Material gegen die thüringische Regierung zu finden. Der Reichskommissar hat Beamtenvernehmungen vorgenommen, ohne daß die thüringische Regierung Kenntnis davon erhielt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die diese Zeugenvernehmungen vorgenommen wurden, das geht daraus hervor, daß einem Zeugen gesagt wurde: „Sehr merkwürdig, daß Sie sich nicht mehr entsinnen können.“ Und danach schrie der Reichskommissar den Zeugen an: „Wenn Sie nicht mit der Sprache herauskommen, dann werden Sie unter Anklage gestellt, die Sie mit Juchhaus bedroht.“ (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Verhaftungen wurden in standeser Weise vorgenommen, d. h. der Reichskommissar hat sich aber nicht genötigt gesehen, für den Schutz des Reiches zu sorgen. Wir konnten also zu der Tätigkeit des Reichskommissars nicht das geringste Vertrauen haben. Besonders empörend war das Verfahren bei der Verhaftung des Ministers Hermann. Damals wurden Mitteilungen in die Presse lanziert, wonach Hermann ein Geständnis abgelegt habe. Wenn man damit die Tatsache vergleicht, daß Hermann glänzend freigesprochen wurde, so werden Sie unsere Empörung über diese Zustände verstehen. Das eine hat der Reichskommissar allerdings erreicht, daß jetzt Verhältnisse in Thüringen sind, die die von Bayern weit übertreffen. Der Reichskommissar wollte angeblich die sozialdemokratische Regierung von den Kommunisten befreien, jetzt ist in Thüringen eine Regierung installiert, in der die Wöllischen die Oberhand haben. Der Redner erinnert schließlich an eine Besprechung, die der frühere Innenminister Jarres mit den Vertretern der thüringischen Regierung hatte, in der Jarres festgestellt hat, daß ihm von Unruhen nichts bekannt sei. Zu dem Reichskommissar kann man also nach dieser Schilderung kein Vertrauen haben, und ebensowenig kann von einer gleichen Behandlung der Länder die Rede sein. (Großer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach 6 1/2 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Tschiaturi und Harriman.

Konzessionsgeschäfte in Sowjetrußland.

Am 12. Juni hat in Moskau die Sowjetregierung den Konzessionsvertrag über die Auslieferung der Manganerzorkommission in Tschiaturi (Georgien) an den amerikanischen Großkapitalisten Harriman unterzeichnet. Diese Konzession ist die größte und wirtschaftlich bedeutsamste aller bisher von der Sowjetregierung vergebenen Konzessionen. Das Manganerzorkommen im Gebiet von Tschiaturi gehört zu den

wichtigsten Manganerzorkommen der Welt

und hat in der Vorkriegszeit einen ganz bedeutenden Prozentsatz des Manganerzverbrauchs auf dem Weltmarkt gedeckt. In Tschiaturi waren bedeutende deutsche Kapitalien durch die Deutsche Bank und ihr nahestehende Gruppen investiert. Durch den Abschluß der Konzession erhält das amerikanische Großkapital in der Stahlproduktion eine überragende Stellung, die nicht nur Deutschland, sondern auch England gegenüber zum Ausdruck kommen wird.

Nach den Angaben der „Brawda“ vom 18. Juni ist der Vertrag mit Harriman, über den länger als ein Jahr verhandelt worden ist, auf die Dauer von 20 Jahren

abgeschlossen. Für diese Zeit erhält Harriman das Monopol auf die Schürfung, Bearbeitung und Export von Manganerz und Veroid. Er erhält das Recht, alle Verkehrsmittel der Sowjetunion unter dem Recht der Reichsbegünstigung für seine Zwecke auszunutzen. Er wird

von sämtlichen Steuern und Abgaben befreit

und darf alle Maschinen und sonstiges Zubehör, das zur Inwertsetzung und technischen Ausrüstung der Bergwerksanlagen gebraucht wird, zollfrei während der ersten vier Jahre einführen. Für patentierte Maschinen, die in Sowjetrußland nicht fabriziert werden können, wird die Dauer auf Zollfreiheit auf fünf Jahre ausgedehnt.

Die Sowjetregierung behält sich das — höchstwahrscheinlich auf dem Papier bleibende — Recht vor, ein Manganerzorkommen bis zu 15 Millionen Tonnen nur für die Zwecke des inner-russischen Marktes selbst auszubenten. Eine Konkurrenz gegenüber Harriman

Interessante Feststellung: Die hygienische, d. h. die vorbeugende, desinfizierende und heil- helfende direkte Wirkung des Odol auf Zähne, Mund, Mandeln und Rachen, wie auch die indirekte auf den Gesamtorganismus, stellt sich nach wissenschaftlichem Urteil und nach tausendfacher praktischer Erfahrung als eine immer umfassendere und tiefere heraus.



im Auslande durch die Sowjetregierung wird also unterbunden. Dem Konzeßionär wird die Verpflichtung auferlegt, technisch modern ausgerüstete Bergwerksanlagen zu errichten. Innerhalb dreieinhalb Jahren hat er

moderne Erzwaldereien zu bauen

und bis zum Ende des fünften Jahres einen großen Elevator im Hafen von Poti mit einer jährlichen Verladeleistungsfähigkeit von 2 Millionen Tonnen aufzustellen. In derselben Zeit ist er verpflichtet, die Schmalpurbahn nach Tschaturi in eine normalgleisige umzubauen und auf diese Weise eine direkte Eisenbahnverbindung mit Poti herzustellen. Diese Verpflichtungen Harrimans bedeuten eine Investierung von 4 Millionen Dollar.

Die von Harriman zu erbauende Eisenbahn geht nach ihrer Fertigstellung in die Verwaltung der russischen Eisenbahndirektion über. Für den Transport der Erze sind die Spezialwagen von Harriman zu stellen, über die Tarife sind genaue Abmachungen getroffen worden.

Für die Dauer der 20jährigen Konzession verpflichtet sich Harriman mindestens 16 Millionen Tonnen Manganerz und Peroxid zu exportieren. Für die Steigerung der Produktion ist ein genauer Plan aufgestellt. Es soll produziert werden: im ersten Jahre 300 000 Tonnen, dann 400 000, dann 450 000, dann 500 000 usw. Für jede exportierte Tonne Manganerz zahlt Harriman eine Abgabe an die russische Regierung von 3 Dollar in den ersten drei Jahren, später eine Abgabe von 4 Dollar. Für Peroxid beträgt die Abgabe 8 bzw. 9 Dollar. Außerdem bezahlt der Konzeßionär eine Pacht von zwei Rubel pro Hektar und 100 Rubel pro Hektar bebauten Gelände. Der Konzeßionär unterwirft sich den allgemeinen Arbeitsbedingungen der Sowjetunion.

Ein besonderes Schiedsgericht ist für den Fall von Streitigkeiten vorgesehen. Falls über den Schiedsrichter eine Einigung nicht zustande kommt, hat die Sowjetregierung das Recht, dem Konzeßionär sechs Kandidaten aus der Reihe der Professoren der Pariser Sorbonne oder der Universität Oslo vorzuschlagen, aus denen Harriman den ihm genehmen Schiedsrichter aussuchen kann.

Dieser Vertrag der Sowjetregierung mit einem der reichsten amerikanischen Großkapitalisten wird von großer wirtschaftlicher Bedeutung sein. Die Sowjetregierung gibt dem amerikanischen Kapital damit

eine überagende Monopollstellung

in die Hand und es ist kaum zu bezweifeln, daß ein Mann wie Harriman bei Abschluß dieses Vertrages nicht auf seine Kosten kommen wird. Eine Abgabe von drei Dollar pro Tonne — denn die zu zahlende Pacht fällt kaum — wird der Sowjetregierung gegenüber dem jetzigen Zustande keine bedeutende Einnahmesteigerung bringen. Ausschlaggebend ist wohl für die Russen der Gesichtspunkt, daß nur auf diese Weise die Investierung bedeutender Kapitalien und die Modernisierung der durch den Krieg und namentlich durch die Bolschewisten selbst heruntergewirtschafteten Anlagen möglich ist. Die Ausbeutung Rußlands und der in Tschaturi beschäftigten Arbeiter wird auf Grund dieses Konzessionsvertrages eine ungeheuerliche sein, denn in den 20 Jahren der Vertragsdauer muß selbstverständlich das ganze von Harriman investierte Kapital verzinst und amortisiert werden, muß die Abgabe an die Sowjetregierung aufgebracht und darüber hinaus ein erklecklicher Gewinn für den Konzeßionär erwirtschaftet werden.

Der Hochkapitalismus, der hier von den Russen als Heilmittel für die schweren Schädigungen, die sie selber der Wirtschaft ihres Landes geschlagen haben, herangezogen wird, hat jedenfalls

mit Kommunismus auch nicht das entfernteste mehr zu tun.

Das scheint selbst die „Prawda“ zu empfinden, die die Mitteilungen über die Einzelheiten dieses Raubvertrages nur mit sehr gedämpftem Trommelklang begleitet. Sie stellt nur fest, daß die Russen „zu arm seien, um aus eigener Kraft die zerstörte Wirtschaft ihres Landes wiederherzustellen“. Wir möchten das Geschrei hören, das die kommunistische Presse in Deutschland erheben würde, wenn die deutsche Regierung oder ein deutscher großer Industriekonzern einen solchen Vertrag mit dem amerikanischen Kapital abschließt. Wir sind in Deutschland schon von den Kommunisten zur Hölle verdammt, wenn wir lumpige 8 Proz. Zinsen für geliehenes Kapital an die Amerikaner zahlen. In der wievielten Hölle muß ein solches Raubstück gemessen die Sowjetregierung fügen, die dem amerikanischen Kapital nicht 8 Proz., sondern ein Vielfaches bietet und die eigenen Arbeiter Millionen und aber Millionen für fremde Kapitalisten erarbeiten läßt.

Die „Preissphäre“.

Unter dieser Ueberschrift wird in Nummer 432 der „Frankfurter Zeitung“ ein Zahlenbild über das angeblide und von den Landwirten bei jeder Gelegenheit behauptete Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und landwirtschaftliche Produktionsmittel aufgemacht. Das Zahlenbild ist aufgebaut auf die auch

von uns schon wiederholt wegen ihrer Unvollständigkeit bemängelten Zusammenstellungen der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer. Es hat dieses Aussehen:

(Berliner Preise in Mark.)

	Maï 1913	Juni 1924	Maï 1925
Landwirtschaftliche Erzeugnisse.			
Roggen	1/2 dz	8,35	6,35
Kartoffeln	1/2 dz	2,25	2,18
Butter	1/2 kg	1,10	1,30
Ehlen	1/2 dz	41,58	31,86
Schweine	1/2 dz	43,12	47,86
Landwirtschaftliche Betriebsmittel.			
Stabeisen	1 t	175,0	233,64
Eisblei, Grobstein-Rohle	1 t	24,25	32,80
Rais	1/2 dz	7,29	8,50
Superphosphat	kg	0,35	0,463
Thomasmehl	kg	0,29	0,355
Ammoniak	kg	1,30	1,15
40% Kalidünger	kg	0,164	0,168
M. Maschinen und Geräte		1 735	2 541
Seiler- und Webwaren		52,07	93,15
Geschirre und Schuhe		210,—	185,—

Wie die „Frankfurter Zeitung“, kommen auch wir bei der Betrachtung dieses Zahlenbildes zu der Ueberzeugung, daß von einer „Preissphäre“, sprich Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produktionsmittel so gut wie nicht mehr die Rede sein kann. Beim Roggenpreis sehen wir eine Uebersteigerung des Friedensniveaus um ein Drittel. Noch stärker nimmt sich das Steigerungserhältnis bei Weizen, Gerste und Hafer aus, Produkte, die leider in der Zusammenstellung nicht genannt werden. Für Weizen war der Börsenpreis kürzlich 270 M. pro Tonne gegenüber 199 M. im Frieden. Auch die Milchzeugnisse weisen einen sehr günstigen Preisstand gegenüber der Vorkriegszeit auf. Bei den Preisen für Produktionsmittel ist nur an sehr wenigen Stellen eine Steigerung über ein Drittel zu verzeichnen. Besonders augenfällig sind auch nach der Auffassung der „Frankfurter Zeitung“ die Preisveränderungen bei den für die Landwirtschaft so bedeutungsvollen Düngemitteln: Thomasmehl ist nur um 16, Kalidünger nur um 7 Proz. gestiegen, Ammoniak ist im Preise sogar um 12 Proz. gesunken.

Hiernach sollte das Gerede von der „Preissphäre“ fallen gelassen werden. Es kann nur noch auf oberflächlich denkende Kreise wirken. Dafür sollte man aber überlegen, ob es nicht richtiger wäre, die hohen Preissteigerungen für Geschirre und Schuhe, Rais und Stabeisen zum Anlaß zu nehmen, nachdrücklich gegen jede Einführung von Eisen- und Futtermittelzöllen zu wirken.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 17. Juni berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 10. Juni (134,3) um 0,7 Proz. auf 133,3 zurückgegangen. Niedriger lagen die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Schmalz, Fleisch, Treibriemensleder, Baumwollgarn, einige Textilrohstoffe, Blei und Zinn. Gestiegen sind die Preise für Kartoffeln, Butter, Zucker, Milch, Hopfen, Häute, Raibfelle, Baumwolle, einige Nichtfermetalle und Benzin. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 133,9 auf 132,4 oder um 1,1 Proz. nachgegeben, die Industriestoffe blieben mit 134,9 (Vorwoche 135,0) nahezu unverändert.

Die Beschäftigung der Textilindustrie. Aus dem Ergebnis der Arbeiterlosen- und Kurzarbeiterabzählung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ist festzustellen, daß im Monat Mai gegenüber April eine weitere Verschlechterung im Beschäftigungsgrad der deutschen Textilindustrie eingetreten ist. Die Entwicklung vollzog sich folgt:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter
im April	10 782 = 3,4%	46 896 = 14,4%
im Mai	10 167 = 3,2%	52 719 = 16,8%

Einer Abnahme der Arbeiterlosen um 0,2%, die hauptsächlich auf Abwanderung nach anderen Verufen, so z. B. nach dem Baugewerbe zurückzuführen ist, steht eine Zunahme der Kurzarbeiter um 2,4%, gegenüber. Es ist deutlich zu erkennen, daß die Krise in der Textilindustrie wieder in verschärftester Weise einsetzt.

Amerikanische Kampfanlage gegen das englische Gummimonopol. England ist der größte Gummiproduzent der Welt, während Amerika der größte Gummikonsument ist. Im Mai dieses Jahres führte Amerika z. B. 37 000 Tonnen Gummi ein gegen 24 000 Tonnen im Mai 1924. Die amerikanische Gesamteinfuhr in den ersten fünf Monaten d. J. belief sich auf 151 000 Tonnen. Die Preisentwicklung liegt ganz in den Händen des Engländers Stevenson, der durch seine Spekulationen den Markt völlig beherrscht, und zwar dadurch, daß er die englische Gummiproduktion steigert bzw. abdrückt, wann es ihm beliebt. Seinen Manipulationen ist es zuzuschreiben, daß der Gummipreis in der letzten Zeit innerhalb weniger Monate von 17 auf 78 Centis gestiegen ist. Die amerikanische Gesellschaft „Rubber Association of America“ beabsichtigt, nunmehr einschneidende Maßnahmen zu treffen, um das englische Gummimonopol zu brechen. Nach einer Londoner Meldung des Fachblatts „Industrie-Kurier“ will die Gesellschaft die Vereinheitlichung der Gummifabrikate sowie die Wiederherstellung von gebrauchtem Gummi, besonders von Pneumatiks, in umfangreichem Maße aufnehmen. Sie rechnet damit, auf diese Art und Weise innerhalb von zwei Monaten ungefähr eine Million Kilo Gummi verarbeiten zu können.

22. Genossenschaftstag.

Die Aussprache des ersten Verhandlungstages gestaltete sich oft sehr lebhaft. Boff (Kernscheid) kritisierte u. a. die in Ulm beschlossene Geschäftsordnung und forderte eine „Politik gegen rechts“. Mirus (Berlin) wehrte die kommunistischen Angriffe auf die Geschäftsordnung ab und wandte sich in scharfen Worten gegen die abfällige Beurteilung der genossenschaftlichen Beschlüsse als „platonische Liebeserklärungen“. Der beantragte Protest konnte umso größere Wirkung ausüben, je einmütiger er erhoben wurde. Auch der Organisationsrat mußte man nicht, wenn man sie ständig unter den Augen der Indifferenten herunterreiße und beschmutze. Die Genossenschaften hätten unabhängig ihre eigene Politik zu betreiben. Stürmische Heiterkeit erregten die Ausführungen Ruyßbach (Halle), der die Auffassung vertrat, daß das deutsche Volk bei Ablehnung des Dawes-Planes dessen Lasten nicht hätte zu tragen brauchen. Er forderte schließlich Anlehnung der Genossenschaften an die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterchaft. Im Verlauf der Aussprache verurteilte noch Schmidt (Düsseldorf) scharf die kommunistischen Treiberien. Das gleiche taten in ihrem Schlußwort Bästlein und Kaufmann. In einem längeren Referat behandelte Rask (Hamburg) das Thema: „Die Warenabgaben nur an Mitglieder und die Produktion für den organisierten Konsum“. Am Schluß seiner Ausführungen befürwortete er die Annahme einer Entschlieung, welche u. a. forderte, daß eine

Warenabgabe nur an Mitglieder der Konsumgenossenschaft

erfolgt. Jedes Heraustrreten aus dem Kreise der Genossen in die unberechenbare und unzuverlässige Masse der der Organisation gleichgültig oder unfreundlich Gegenüberstehenden bedeutet das Verlassen der durch Wesen und Zweck der Genossenschaften bedingten gefunden Beschränkung. Die Entschlieung wurde gegen 11 Stimmen ohne Aussprache angenommen.

Mit Referaten Bästleins über das System und den Zweck der kürzlich erfolgten Errichtung der Feuerversicherungs-Mitgliedschaft „Selbsthilfe“, und Kaufmanns über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten endete der erste Verhandlungstag.

Am zweiten Verhandlungstag

äußerte sich Billroth (Kriegs-Dresden) über „die Bedeutung und Förderung der zentralen genossenschaftlichen Eigenproduktion“ in äußerst feiselnder Weise und legte dazu folgende Entschlieung vor:

„Es entspricht den Zwecken der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung und den von ihr in langjähriger Tätigkeit gesammelten Erfahrungen, daß den auf Bedarfsdeckungswirtschaft gerichteten Bestrebungen der zentralen Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion hervorragende Bedeutung beigegeben wird. Die Entwicklung der zentralen genossenschaftlichen Gütererstellung muß mit der des genossenschaftlichen Warenverkehrs mindestens gleichen Schritt halten, ihr Ausbau und ihre Vervollkommenung kann aber nur in dem Umfang erfolgen, in dem der Absatz der zu erzeugenden Waren und die Wirtschaftlichkeit der Herstellungsbetriebe gesichert sind. Durch den Ausbau wird die Leistungsfähigkeit der Gesamtbewegung und ihrer einzelnen Glieder wesentlich gesteigert, ihre Unabhängigkeit von der privaten Wirtschaft gestärkt und der wirtschaftliche Einfluß aller Verbraucherorganisationen so gestärkt, daß auch vorübergehende allgemeine Wirtschaftskrisen ihn nicht zu erschüttern vermögen.“

Verschiedene Erscheinungen der letzten Jahre lassen eine stärkere Betonung der genossenschaftlichen Ideale und Grundzüge und der den Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aus der Erkenntnis der Bedeutung und Notwendigkeit der zentralen genossenschaftlichen Eigenproduktion erwachsenen Pflicht geboten erscheinen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Absatz der in den zentralen Genossenschaftsbetrieben hergestellten Bedarfsgüter mehr als bisher zu fördern und vor allem ihren entsprechenden Bedarf ausschließlich aus diesen Betrieben zu decken.“

Am Rahmen des Genossenschaftstages wurde am Dienstag abend im Kongresshaus ein Film gezeigt, der seine Agitation für den Genossenschaftsgedanken nicht verfehlen wird. Gerade der Film übt besonders eine starke Wirkung aus und so ist dieser Schritt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nur zu begrüßen. Der Film zeigt vor allem die Produktionsstätten der Grobkaukau-Gesellschaft, die riesigen Bureau- und Lagerräume in Hamburg, die einen interessanten Einblick in eine der größten Wirtschaftsorganisationen Deutschlands gewähren.

Es ist so leicht, Verdauungsstörungen zu beseitigen!

Man kann mit der größten Leichtigkeit Dyspepsie, Sodbrennen und andere Arten Magenbeschwerden loswerden, welche durch übermäßige Säurebildung im Magen entstehen. Man hat nur einen halben Teelöffel Biserirte Magnesia in etwas warmem Wasser zu nehmen und dann den Erfolg ruhig abzuwarten! Schmerzen und Unbehagen verschwinden schnell, weil Biserirte Magnesia die Säure unschädlich macht, und auf diese Weise beseitigen Sie Ihre Verdauungsstörungen, indem Sie die Wurzel des Übels ausröten. Es ist also kein Wunder, daß Tausende Biserirte Magnesia gebrauchen, denn die wunderbar schnelle Wirkung ist ganz merkwürdig! Wenn Sie an irgendeiner Art Verdauungsstörung oder Dyspepsie leiden, kaufen Sie noch heute Biserirte Magnesia in der Apotheke, nehmen Sie sie nach Vorschrift ein, und Sie werden über das Ergebnis sehr erfreut sein!

Biserirte Magnesia wird zu M. 2 per Flasche verkauft.

Biserirte Magnesia hat folgende Zusammensetzung: Natriumsubcarbonat 4,35%, Magnesium perborat 15,0%, Natrium salzsaures Natrium 15,0%. Wenn Sie Biserirte Magnesia bei Ihrem Apotheker nicht haben können, schreiben Sie an das Generaldepot C. F. W. & Co., Hamburg 19, Binnenberger Weg 22/24.

MAIZENA-Sommer Speisen.
Mit Stachelbeeren, Rhabarber, Rirschen, Himbeeren, Johannisbeeren und MAIZENA stellt man die köstlichen Fruchtsuppen und Fruchtkammeris her.
Kochbüchlein gratis durch die Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G.
HAMBURG 15.



mit knusprigen Makronen

Der reine Mandelduft und der zarte Marzipangeschmack machen diesen Pudding zum Liebling aller Feinschmecker und zu einem wirklichen

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

Am Montag, den 15. d. M., nachschick Büchlein und unerwartet mein lieber Vater, Groß- und Schwager, unter Freund, der Brauer
Hermann Müller
Die trauernden Hinterbliebenen
H. Müller u. Frau, Helze als Enkel,
A. Streul und Familie, Schöneberg,
Höbblingstr. 20.
Einschließung Sonnabend, nachm.
4 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf.

Statt besonderer Anzeige!
Allen Freunden und Bekannten hiermit zur Kenntnis,
daß mein lieber Mann, der Köpfer
Fritz Merten 0685
am 16. Juni 1925 entschlafen ist.
Frau Beria Merten.
Die Einschließung findet am Sonnabend, den 20. Juni,
nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumgärtchenweg statt.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a
Bekannt seit 49 Jahren.
Grosse Auswahl in kompletten Wohnungs-Einrichtungen sowie Einzelmöbel aller Art zu wirklich billigen Preisen.
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

Dezimalwagen
Fahrgewichte,
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür we-
sentlich billiger Preise

Photoapparate, Feldstecher
Kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Die Naturgesetze der Arbeit.

Von R. H. Francé.

So wie es hübsche Tiere gibt — man denke an die Katzen — oder häßliche — man denke an Ruchentiere — so gibt es auch solche, die durch Drolligkeit lachen machen. Da ist das Glotzentierchen, ein puhiges und glasartiges Ding, mit dem man sich stundenlang unterhalten kann und es auch schon getan hat, fast seit zweihundert Jahren, nämlich seitdem man es kennt.

Die biedereren Naturforscherdilettanten des achtzehnten Jahrhunderts haben es entdeckt und in ergötlich namer Art beschrieben. Wie das winzige Glotzentierchen des Wassers, das nur so groß ist, daß gerade hunderte beisammen als ein wenig weißer Schimmel erkennbar sind, an irgendeinem Pflanzenstängel emsig strudelt und sich wiegt an einem langen, dünnen Stiel, als wäre es eine Blume, die sich im Winde schaukelt, wie das Tierchen rafft und schludt in unbegreiflich unstillbarem Hunger, wie das aber mit einem Schlag alles erlischt. Denn der Stiel knickt ein wie ein Korkenzieher: blühschnell reißt er die kleine liebliche Tierblume zurück; er rettet sie vor Gefahren dadurch, und das winzige Wesen scheint das auch zu fühlen, denn nur langsam, zitternd, vorsichtig wie eine aus dem Haus kriechende Schnecke magt es allmählich sich wieder an dem elastisch sich glättenden Stiel aufzurichten. Ein — zwei Minuten der Vorsicht, dann erwacht die alte Gier von neuem, schon strudelt alles vor Eifer. Da, eine neue Störung, und wieder kugelt die ganze Gesellschaft zusammen. Das ist das drollige Spiel, an dem man sich nicht sattsehen kann, denn es ist unerschöpflich in seinen Variationen und possierlichen Einzelheiten.

Dieses kleine Glotzentierchen ist für alle Arbeiter der Welt, die wertvollen so gut wie die des Geistes, einer der größten Wohltäter geworden. Es hat sie alle richtiger arbeiten gelehrt und ist im Begriff, ihnen viele glückliche Stunden des Lebensgenusses zu verschaffen, ja vielleicht der ganzen Industrie das Herabwürdigende und Menschenvorzeihende zu nehmen.

Wie das zusammenhängt? Man höre zu, denn es geht jeden an.

Man hat an den winzigen Glotzentieren ein ausgezeichnetes Versuchobjekt gehabt, um die Gesetze von Arbeitsleistung und Ermüdung zu studieren. Man hat bemerkt, daß, was für ein Lebewesen gilt, dem Wesen nach auch dem anderen nicht fremd ist. Man hat sich davon überzeugt, daß es derselbe Lebensstoff ist, der dort arbeitet, zuckt und tätig ist, wie in uns auch und daß wir Menschen immer noch im gleichen Ring „physiologischer Gesetze“ eingeschlossen sind, der alles Leben umfaßt. Darum ist man von da aus vorgeschritten zu einer Wissenschaft der „Arbeitsphysiologie“, die endlich, nachdem sie lange genug verschwiegen war, in gelehrten Disputen und wissenschaftlichen Archiven eingedrungen ist in die Praxis und brauchbar wurde. Heute gestaltet sie in jedem fortschrittlichen Betrieb die Arbeitsmethoden um.

Da hat man zunächst die Glotzentieren springen lassen und hat es ausgezeichnet, wie oft und wie schnell sie hintereinander sprangen. Sie schienen am Anfang unermüdet zu sein. Aber doch nicht? Nachdem so ein Tierchen dreißig- oder auch fünfzigmal auf eine Störung hin seinen Stiel zurücktrieb, ließ es das Unheil mehr oder minder gleichgültig über sich ergehen. Es war sichtlich ermüdet. Man mußte schon den Reiz gewaltig verstärken, bevor es sich nochmals entschloß, zu springen. Und nach ein paar Mal verlor das auch nicht mehr. Aber das arme kleine Versuchstierchen blieb nicht immer so. Freilich konnte man einen Erschöpfungszustand erzwängen, der zu dauernder Lähmung, sogar zum Tode führte; aber für gewöhnlich bedurfte es nur weniger Minuten Ruhe, um die Arbeitskraft wieder herzustellen.

Durch viele Experimente kam man zu einem ganzen Komplex von Erfahrungen.

Da war zunächst das eine, daß, je ungewöhnlicher die Anstrengung war, desto tiefer und länger mußte man ruhen, um wieder hergestellt zu sein.

Dann das andere, daß bei „normaler“ Arbeitsleistung das Spiel mit frischen Kräften aufgenommen wird, wenn die Arbeitspause etwa 10 Minuten dauerte. Würde sie länger, erfolgt keine Mehrleistung; dauert sie dagegen kürzer, behält der Organismus einen Teil seiner Ermüdungserscheinungen bei.

Und dann ein Drittes, nicht weniger Wichtiges. Auch das Spiel von Arbeit und kurzer Ruhepause führt allmählich zu einer Abstumpfung der Leistung, wenn nicht von Zeit zu Zeit große Erholungspausen eingelegt werden.

Hält man dagegen an diesen „Gesetzen der Arbeit“ fest, dann erreicht man eine allgemeine Steigerung der Arbeitsbereitschaft, ja nicht nur das, auch die Schnelligkeit und Geschicklichkeit, mit der die einzelne Leistung ausgeführt wird, wächst beträchtlich.

Da hat man, in vier Sägen geglaubt, die ganze Arbeitswissenschaft vor sich. Was sich an dem Glotzentierchen als dem einfachsten und bequemsten Modell erproben ließ, fand man an arbeitenden Haustieren wieder. Man beobachtete die menschliche Muskelarbeit und las ihr die gleichen Zusammenhänge ab. Denn der Stiel der Glotzentierchen ist ja nichts anderes als ein einzelner Muskelstrang, während in unserem Arm, in jedem Muskel, viele Millionen solcher Fäden zusammen, aber auch nach keinem anderen Gesetz arbeiten. Man beobachtete Industriearbeiter und fand, daß auch sie denselben Arbeitsbedingungen unterworfen sind wie der kleine Springer im Wassertropfen. Geistesarbeiter beobachteten sich selbst und entdeckten den gleichen Wechsel sinkender und steigender Leistungen, je nachdem, wann Ruhepausen eingeschaltet werden und wie lange sie dauern.

Auf diese Weise kam die moderne Arbeitswissenschaft zustande, die viele praktische Änderungen nach sich zog und noch mehr im Gefolge haben wird.

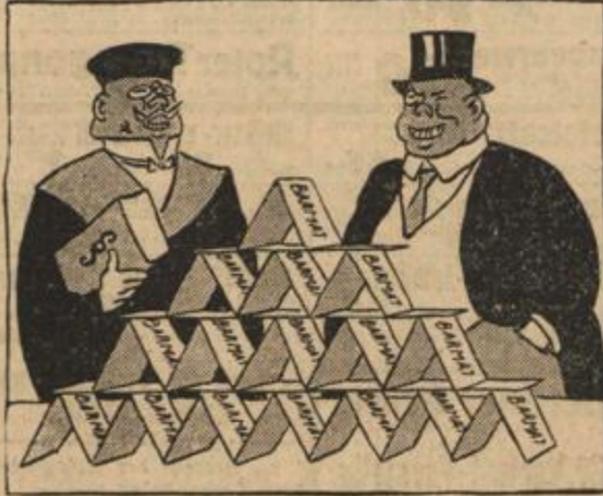
Das Erlaunliche war zunächst, daß das Menschengeschlecht auch ohne sie angeleitet durch die Gefühle von Ermüdung und wiederkehrender Frische, das Wesentliche dieser Ergebnisse, wenn auch nicht erkannt, so doch angewendet hat. Denn es gibt kein arbeitendes Volk, das nicht einen „Arbeitsrhythmus“ dadurch hergestellt hätte, daß es zwischen Arbeitswoche und Feiertag unterscheidet. Es ist nur die Dauer der „Woche“ nach den verschiedenen Klimaten, Rassen und Kulturformen (was gleichbedeutend mit Arbeitsformen ist) verschieden bemessen gewesen. Alle morgenländischen Völker hoben als Rhythmus sechs Tage Arbeit und einen Tag Ruhe gewählt und ihr Einfluß hat das auch uns ausgezogen, obgleich unsere Art und Arbeitsordnung eine ganz andere ist. Brauchen wir zur Erreichung unseres Optimums eine kürzere oder längere Arbeitswoche? Das ist ein noch ungelöstes und wie man jetzt im Lichte der neuen Erfahrungen zugeben wird, sowohl schwieriges wie wichtiges Problem. Als man in der französischen Revolution das Fortkommen durchbrach, änderte man auch den Arbeitsrhythmus. Man führte die Defade ein, bestimmte also nur jeden zehnten Tag zur Ruhe. Das hat sich weder verbreitet noch gehalten, mußte also seine Nachteile gehabt haben. Die überaus große Verbreitung der Siebentagswoche spricht dafür, daß in ihr irgendeine denn doch ein „biologisches Gesetz“ verwirklicht ist. Das ist aber nur scheinbar so. Bist man schärfer in unsere Arbeitsregelung hinein, erkennt man, daß längst schon von der Lebenspraxis die Siebentagswoche durchbrochen und durch einen anderen Rhythmus ersetzt ist. Fast alle Schamerarbeiter und Berufe, denen besonders geistige Arbeit zugewendet wird, gliedern ihre Arbeit anders. Man denke an die Bergwerke mit ihren Schichten, die auch in vielen chemischen Fabriken von dem Streben nach dauernd bester Leistung erzwungen wurden. Lokomotivführer und Bahnbegleiter haben vielfach nur eine Dreitageswoche, auch den Lehrern, namentlich der höheren

Lehranstalten, ist sie in der Praxis gewährt, indem ein Wochentag Erleichterungen oder Ruhe für sie bringt. Aus eigener Erfahrung weiß ich, welche Vorteile ein solcher Zwischenruhetag in der Woche im Gefolge hat.

Denn bei allen diesen Einrichtungen handelt es sich nicht um Verkürzung der Arbeitszeit als Ziel, sondern um Verbesserung oder Aufrechterhaltung der Leistung durch den geänderten Rhythmus. So paradox das klingt, die Erfahrung hat es doch bewiesen: Man kann mehr und vor allem Besseres leisten, wenn man in richtiger Weise ruht.

Diese Erkenntnis setzt sich in den letzten Jahren, von Amerika ausgehend, im Siegesmarsch durch. Sie hat dazu geführt, daß man nun auch der „Zehminutenpause“ erhöhte Beachtung schenkt. Man hat in Fabriken in England durch sie Steigerung der Leistungen um 10 bis 17 Proz. erzielt, namentlich bei gleichförmigen Arbeiten. Das ist ein sehr bemerkenswertes Ergebnis: es ist aber jedermann ver-

Das Kartenhaus.



„Wunderbar haben wir die Barmat-Affäre aufgebaut!“



„Donnerwetter, jetzt ist alles umgefallen!“

ständig, der diesen Aufsatz mit Verständnis gelesen hat. Wer hier in den Einzelheiten belehrt sein will, der findet sie in den zahlreichen Aufsätzen der „Telos-Zeitschrift für Arbeit und Erfolg“. Diese Einzelheiten zu zergliedern aber kann nicht Aufgabe einer Betrachtung sein, die nur das große Gesetz erfüllen lassen wollte, daß aus allem sichtbar wird. Und auch den großen Fortschritt, die Erleichterung des Lebens, die sich damit ebenso fühlbar vorbereitet.

Unsere vielgeschmähte Zeit steht nicht still, noch geht sie unter. Sie haut sich um, und gerade im Stillen, unter der Oberfläche, bereiten sich die wichtigsten Änderungen vor, deren letztes Ziel ja doch, wie es vom Leben unzertrümmelt, die Verbesserung, die Vollkommenheit des menschlichen Daseins ist. Daß „Arbeitsverkürzung auf die Dauer die Leistungen steigert“ (in diesem Satz mündet ja das ganze Arbeitsproblem), ist auf diesem Wege eine wahrhaft menschheitserlösende Einsicht. Ihre Tragweite ist gar nicht auszudenken. Ihre Tatsache aber vermag in jedem für den Augenblick wenigstens das Empfinden aufzuklären: es wird besser mit uns Menschen. Einsicht bereitet auf tieferer Erkenntnis unserer Natur Erleichterungen des Daseins vor, von denen unsere Väter und Vorfahren gar nichts ahnten.

Heimweh.

Von Hans Friedrich Blund.

Dickhäutig hebt sich die Flasche Chianti vor mir. Sie steht nicht eigentlich auf dem Gartentisch Emilia Blancas, sie hat sich leicht darüber gehoben; das dunkelblaue ligurische Meer, das sie ganz umfängt, läßt sie schweben, je mehr es zum Abend dämmert. Nicht daß mein Blick trübe wäre, nein, es ist die uralte Zauberei dieser südländischen Dämmerungen, die alles ins Anwirkliche rücken, — selbst die Flasche, unter der der Tisch zu wandern scheint.

Hinter mir der Rärm des Albergo, in der ich zur Nacht weilen werde. Wer hat das Wort Albergo doch erfunden? Landsknechte und Handwerksburschen brachten es vom Norden herüber, sagte man mir. Sie kamen wie Sand am Meer viele Jahrhunderte hier entlang. Und wollten Herberge und Wein und Wege und ließen ein „Albergo“ neben dem anderen an den Straßen entstehen und zogen den uralten Zug der Menschen, nach Süden, den gleichen, um dessen willen auch ich — ein Sandkorn im Leben der Völker — hier an der ligurischen See sitze und meinen Zins an Emilia Blanca zahle.

Lauros, ohne Atemzug, liegt das Wasser da. Die Wege, die sich dunkel und dumpf an den Hügeln der Levante entlang winden, scheinen voll groben Bewegens. Es ist, als wanderten noch immer blasse Züge der Erinnerung den Weg der Jahrtausende, ohne Aufhalten, ohne Bestimmung, ohne Frage des Warum, nebsthaft dem Süden zu. Schleuderkraft des Volkstums nennen die Gelehrten diesen unzählbaren Trieb in die Ferne. Sonnenwunsch war es, möchte ich eher glauben, die endlose Sehnsucht, näher zum Licht war es, die eine Welle nach der andern in dieses Landbecken herüber schlugen ließ: feindlich und hungern, als die Etrusker von Norden,

als die Longobarden von Niederelbe einbrachen, — friedlich zahlend, als der ewige Zug der Wanderer in dies Land zu strömen begann und die Albergos schuf.

Kein Lüftlein über dem Meer, das trägt, unbewegt, in dunkel schillernden Farben einfließt. Fern noch zwei rote dreieckige Segel, die ihr Leuchten bewahren, und am Rand des Ufers ein schweißender Streif, der die Helle anzog. Von Licht zu Licht des Hafens ein paar Pieder, dann ein verklingendes Klirrläuteln, das rasch wie ein Tänzer durch die Straßen schwingt und mich unruhig macht.

Habe ich diese Bild der Landschaft nicht gesucht? Was bleibt wie ein Unfriede nach? Palmen sind über mir. Drüben unter der Lampe auf der Mauer spielen die Feuerbachschen Jungen ihre Karten aus, blaueschwarz sind die Farben von See und Himmel, wie ich sie niemals da oben sah. Und der Kirchschorber duftet und die Orangen blühen betäubend stark — wartete ich nicht darauf?

Ah, als ich ging, waren die ersten schneeweißen Obstblüten aufgesprungen. Mein Blick geht über den Hofen zu den großen Olivenhügeln. Hätte ich jetzt einen Kirchschorber hier, wie gern würde ich diese fremde Schwüle fahren lassen, nach der ich mich sehnte. Unfriede ist um mich, ein schlechter Dank!

Schwertkraft der Heimat? Ich gieße mir lächelnd das Glas voll und will wieder der bunten verwirrenden Musik der Rolle nachschauen. Aber ich bleibe nicht dabei. Ich sehe die überschweren Schloßherren der Reichen hier an den Wegen die See entlang, ich gehe voll Unruhe den Zug der Sonnensüchtigen gen Süden und möchte wissen, ob sie meinen Lndant teilen. Da, wie ich lange ins Dämmern des Graus schaue, ist mir tröstend, als strömte jenem Zug eine andere Schar entgegen, blasser, müder, aber die Augen voller Wünsche, die stärker sind, als alle Blicke sonnenwärts. — Heimweh?

Fische jagen sich im Wasser, zwei-, dreimal springt ein gehechter Schwarm über die dunkelblau Fläche und trübt sie.

Mein Auge hebt sich zu den Heimkehrern, geht über die wandernden Straßen zu den Bergreifen, die einfarbig dunkel werden und bei Tage so gnadenlos nackt und steinern blinken. Und mir ist, als wüchse nach meinem Wunsch schon ein grüner Wald darüber hin, der im Winde rauscht und schwere duftende Arme breitet und ich wäre mit jenen die umkehrten, wieder unter seinem heilenden Schatten.

Unfriede? Ah, Heimweh ist es.

Wie „Pelle der Eroberer“ entstand.

Im Kopenhagener „Socialdemokraten“ plaudert Martin Andersen Regö, dessen Roman „Pelle, der Eroberer“ zuerst im „Vorwärts“ erschien und in der deutschen Arbeiterschaft zu den meistgelesenen Büchern gehört, über die Entstehung dieses Wertes. Mit leichter Ironie weist er die landläufige Ansicht der Literaturforscher zurück, als ob er hier lediglich eine Selbstbiographie gegeben habe, und erklärt, Gestaltung wie Handlung des Romans seien Dichtung. Nur die Schilderung der Schuhmacherwerkstatt und der jungen Meister, teilweise auch des alten Jappe im zweiten Teil des Werkes seien Spiegelungen der Wirklichkeit, dagegen „Vater Lasse“ und „die Arche“ und „die Kraft“ seien erdichtete Figuren. Trotzdem, sagt der Dichter, sei das Werk erlebt, d. h. innerlich erlebt, „denn die Welt, die in ihm geschildert wird, ist unendlich, ist die des Proletariats“. Lasse man also die äußeren Tatsachen außer Betracht, so sei „Pelle, der Eroberer“ in der Tat eine selbstbiographische Arbeit. „Wie konnte ich überhaupt“, sagt Andersen Regö, „die Figur Pelle schaffen, den Träger der neuen Welt, ohne tief in mich selbst zu greifen? In der Literatur waren alle die großen Schilderungen menschlicher Entwicklung von Bürgerlichen geschrieben — also von den Männern einer sterbenden Zeit —, sie mußten so negativ enden und im Pessimismus münden. Diese Schilderungen waren wenig zufriedenstellend für den, der aus der Tiefe kam und sich erst das Dasein erobern wollte. Meine Schicksalsgefährten und ich hatten noch alles vor uns und waren nicht gesonnen, uns damit abzufinden, daß die Welt alt und verschiffen war. Das waren die Voraussetzungen für „Pelle, der Eroberer“, das herrliche Gefühl, der aufsteigenden Zeit anzugehören und dagegen aufzubegehren, zu den Abgelebten gerechnet zu werden.“

Vielleicht ist doch das ausgeprägte Solidaritätsgefühl des Proletariats identisch mit einem tieferen Mitwissen, als man es in den übrigen Gesellschaftsklassen findet. Vor mir steht das typische Schicksal des Proletariats selbständig wie ein Selbstleben; oft ist es mir unmöglich, meine eigenen Erlebnisse und die anderer auseinanderzuhalten, und habe ich sie erst geschildert, kann ich es gar nicht mehr. So habe ich das Christianshøgen, das ich im dritten Band geschildert habe, nur in den zwei ersten Jahren meines Lebens gesehen; trotzdem sind diese ersten Jahre — wir wohnten bis zu meinem achten Jahre in der Hauptstadt — mir ein Schlüssel zu der Arbeiterwelt der großen Städte gewesen. Ich glaube, ich könnte in jedem Hinterhaus in der Welt mit verbundenen Augen mich zurechtfinden. Das ist ein Ortsinn, der tief in mir liegt, wie ein wunderliches Mitwissen, das mir nicht bewußt wird.

Die Gemeinschaft in Leiden und Freuden, die die Unterklasse zu einem — mächtigen — Wesen macht, ist es ja, die immer mehr und mehr durchbricht, als die erdumspannende Solidarität. Ich habe meinen reichen Anteil an diesem Zusammengehörigkeitsgefühl bekommen, und mein Ruf ist zu schreiben. Meine Fähigkeiten sind die der Unterklasse, stammen von ihr und gehören ihr zu. Es ist zu meiner Herabsetzung gelangt worden, daß ich nie den Proletarier in mir loswerde; ich selbst fühle das als Auserwähltem. In der geistigen Welt des kleinen Mannes gibt es keine Zufälle. Die verschiedenen Begabungen, die von ihr ausgehen, haben alle eine gewisse Absicht, sie sind Führer, die sie gegen das Licht und die Welt schiebt, um sie einzufangen.

Nun sind die besten Begabungen der Unterlassen auf hohen politischen Posten und haben nicht den Ausgangspunkt vergessen. Sie haben begonnen, den Drang des Proletariats nach einer Neuwertung zu realisieren, und die alten Mäße passen nicht richtig auf sie. Die gute alte ästhetische Lebensanschauung paßt auch nicht richtig auf sie. Sie bringen sie allzu oft in Gefahr.

Ah, die liebe Welt! Wie oft habe ich nicht zu hören bekommen, daß es menschlich wohl in der Ordnung war, was ich schriebe, aber mit Kunst nicht viel zu tun hatte. Ich beuge mich in Ehrfurcht vor diesen Urteilen, aber umlernen werde ich wohl nicht mehr.“

Amerikanische Papier- und Zeitungswelt. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften wird nach einer Statistik der „Papier-Zeitung“ auf 22000 angegeben. Die Sonntagsausgaben der Zeitungen haben eine Auflage von über 22 Millionen, die täglichen Zeitungen von über 33 Millionen. Man hat berechnet, daß in Amerika eine tägliche Zeitungsummer auf 3 1/2 Personen kommt. Der Umfang der Zeitungen nimmt immer mehr zu. 1924 erreichten die Zeitungen mit einer Auflage von über 100 000 einen durchschnittlichen Umfang von 28 Seiten, die Sonntagsausgaben einen solchen von 103 Seiten. Für eine Sonntagsausgabe der „New York Times“ waren im Oktober 1924 877 Tonnen Papier erforderlich. Die Zeitungspapierherzeugung betrug 1924 in Nordamerika 2 900 000 Tonnen. Ueberhaupt ist Amerika der stärkste Papierverbraucher. Auf den Kopf der Bevölkerung betrug die Erzeugung an Papier in den Vereinigten Staaten 1920 148 engl. Pfund, in England 76, in Deutschland 45, in den skandinavischen Ländern 12 und in Rußland 6 Pfund.

